

2013 **Ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 2013** **Nr. 19**

Tag	Inhalt	Seite
6. 3. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	995
17. 5. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten	996
22. 5. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die wechselseitige Geheimbehandlung verteidigungswichtiger Erfindungen, die den Gegenstand von Patentanmeldungen bilden	997
22. 5. 2013	Bekanntmachung des deutsch-polnischen Rahmenabkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst	998
23. 5. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	1003
24. 5. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags über die Errichtung des Funktionalen Luftraumblocks „Europe Central“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (FABEC-Vertrag)	1003
27. 5. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Vertrags über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit und über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung	1004
3. 6. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-salvadorianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1004
4. 6. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel	1005
4. 6. 2013	Bekanntmachung des deutsch-ecuadorianischen Abkommens über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen	1005
4. 6. 2013	Bekanntmachung der deutsch-nicaraguanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit ...	1007
7. 6. 2013	Bekanntmachung des Übereinkommens zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes	1009
7. 6. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 25. Juni 2005 zur Änderung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten andererseits (AKP-EG-Partnerschaftsabkommen)	1031
7. 6. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt	1034
10. 6. 2013	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	1035
12. 6. 2013	Bekanntmachung der Änderung des Artikels V Abschnitt 3 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	1039
12. 6. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	1040
12. 6. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	1041
12. 6. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten	1041

Fortsetzung nächste Seite

Tag	Inhalt	Seite
12. 6.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderung des Artikels 8 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs sowie der Änderungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression	1042
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	1043
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	1044
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Protokolls zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	1045
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	1045
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport	1046
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	1046
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung vom 26. Januar 2009 der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)	1047
12. 6.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Beschlusses des Europäischen Rates vom 25. März 2011 zur Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist	1047
12. 6.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	1048

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr**

Vom 6. März 2013

Serbien hat gegenüber der Regierung der Republik Polen als Verwahrerin des Abkommens vom 12. Oktober 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (RGBl. 1933 II S. 1039, 1040) folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

(Original: Englisch)

“By a note dated 17 July 2001, deposited on 18 July 2001, the Government of the Federal Republic of Yugoslavia declared itself bound, as a successor State to the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, by the above-mentioned treaties, with effect from 27 April 1992, the date of State succession. On 4 February 2003, the name of the State of the Federal Republic of Yugoslavia was changed to Serbia and Montenegro. Following the Declaration of Independence adopted by the National Assembly of Montenegro on 3 June 2006, Serbia advises the depositary that the Republic of Serbia continues to exercise the state and legal identity of the state union of Serbia and Montenegro.”

„Mit einer Note vom 17. Juli 2001, die am 18. Juli 2001 hinterlegt wurde, erklärte sich die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien als Nachfolgestaat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit Wirkung vom 27. April 1992, dem Datum der Staatennachfolge, als an die genannten Verträge gebunden. Am 4. Februar 2003 wurde der Staatsname der Bundesrepublik Jugoslawien in Serbien und Montenegro geändert. Nachdem am 3. Juni 2006 die Nationalversammlung von Montenegro die Unabhängigkeitserklärung angenommen hatte, setzt Serbien den Verwahrer davon in Kenntnis, dass die Republik Serbien die staatliche und rechtliche Identität der Staatengemeinschaft Serbien und Montenegro fortführt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. November 2012 (BGBl. 2013 II S. 153).

Berlin, den 6. März 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes
betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten**

Vom 17. Mai 2013

I.

Das Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (BGBl. 2004 II S. 1354, 1355) ist nach seinem Artikel 10 Absatz 2 für

Kamerun* am 4. März 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. Februar 2013 abgegebenen Erklärung zu Artikel 3 Absatz 2 des Fakultativprotokolls

in Kraft getreten.

II.

Luxemburg* hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 25. Januar 2013 die Modifikation seiner Erklärung vom 4. August 2004 notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 11. Dezember 2006, BGBl. 2007 II S. 410).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (BGBl. II S. 168).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 17. Mai 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die wechselseitige Geheimbehandlung
verteidigungswichtiger Erfindungen,
die den Gegenstand von Patentanmeldungen bilden**

Vom 22. Mai 2013

Das Übereinkommen vom 21. September 1960 über die wechselseitige Geheimbehandlung verteidigungswichtiger Erfindungen, die den Gegenstand von Patentanmeldungen bilden (BGBl. 1964 II S. 772, 773), ist nach seinem Artikel VI zweiter Absatz für

Bulgarien	am 21. November 2004
Lettland	am 19. März 2005
Litauen	am 22. Oktober 2004
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Aruba	am 1. Januar 1986
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010
Polen	am 21. Oktober 1999
Rumänien	am 3. September 2005
Slowakei	am 13. Oktober 2004
Slowenien	am 28. Oktober 2004
Tschechische Republik	am 10. November 2000

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 2000 (BGBl. 2001 II S. 15).

Berlin, den 22. Mai 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
des deutsch-polnischen Rahmenabkommens
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
im Rettungsdienst**

Vom 22. Mai 2013

Das in Warschau am 21. Dezember 2011 unterzeichnete Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst wird nach seinem Artikel 15 Absatz 2

am 28. Mai 2013

in Kraft treten; das Abkommen mit der nach seinem Artikel 13 geänderten Anlage wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Mai 2013

Bundesministerium für Gesundheit
Im Auftrag
Hamsch

Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen,

nachstehend als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

unter Berücksichtigung des Artikels 12 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn unterzeichnet wurde,

von dem Wunsche geleitet, Grundlagen für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst zu bilden,

von dem Wunsche geleitet, die Verwaltungsverfahren unter Berücksichtigung des Gemeinschaftsrechts und der Rechtsprechung der Europäischen Union zu vereinfachen,

entschlossen, diese Zusammenarbeit durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen im Rettungswesen unter Achtung des innerstaatlichen Rechts und der internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien zu erleichtern und zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Die in diesem Abkommen verwendeten Begriffe bedeuten Folgendes:

1. „Medizinischer Notfall“ – Zustand eines plötzlichen beziehungsweise kurz bevorstehenden Auftretens von Symptomen erheblicher Gesundheitsbeeinträchtigung oder Lebensgefahr, der einer sofortigen Durchführung von Rettungsmaßnahmen und medizinischen Behandlung bedarf;
2. „Rettungseinsätze“ – Handlungen, die gegenüber Personen vorgenommen werden, bei denen ein medizinischer Notfall vorliegt. Sie umfassen die Notrufannahme, das Entsenden eines Rettungsteams zum Einsatzort, die Durchführung von Rettungsmaßnahmen und den Transport zu der am schnellsten erreichbaren und für den Zustand des Patienten geeigneten medizinischen Versorgungseinrichtung, die vom Disponenten derjenigen Vertragspartei benannt wird, auf deren Hoheitsgebiet sich der Einsatzort befindet;
3. „Rettungsmaßnahmen“ – lebens- oder gesundheitsrettende Maßnahmen, die von befugten Personen unter Einsatz von Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung außerhalb von medizinischen Versorgungseinrichtungen vorgenommen werden;
4. „Leistungserbringer im Rettungsdienst“ – natürliche und juristische Personen, die über Rettungsteams verfügen und für deren Tätigkeit verantwortlich sind;
5. „Rettungsteams“ – Teams, die sich aus Personen zusammensetzen, die zur Durchführung von Rettungsmaßnahmen außerhalb von Krankenhäusern befugt sind und die mit einem speziellen Rettungswagen, der die technischen und Qualitätsanforderungen der europäisch harmonisierten Normen er-

füllt, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sowie Kommunikationsmitteln ausgestattet sind;

6. „Einsatzort“ – der Ort, an dem das Ereignis eintrat, das einen medizinischen Notfall verursachte, und das Gebiet, worauf sich die Folgen dieses Ereignisses erstrecken;
7. „Disponent“ – die zur Annahme von Informationen über Personen, bei denen ein medizinischer Notfall eingetreten ist, sowie zum Entsenden von Rettungsteams zum Einsatzort befugte Person;
8. „Einsatzgebiet der Rettungsteams im Grenzgebiet“ – Gebiet für den Einsatz der Rettungsteams, das in den Kooperationsvereinbarungen, unter Berücksichtigung von Zeitangaben ab Notrufannahme durch den Disponenten bis zum Eintreffen am Einsatzort festgelegt wird.

Artikel 2

Zweck des Rahmenabkommens

Zweck dieses Rahmenabkommens ist die Festlegung des rechtlichen Rahmens für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen mit dem Ziel, im Grenzgebiet eine bestmögliche rettungsdienstliche Versorgung aller Personen, die sich ständig oder vorübergehend in diesem Gebiet aufhalten, sicherzustellen.

Artikel 3

Geltungsbereich

Dieses Rahmenabkommen gilt für folgendes Grenzgebiet:

- in der Bundesrepublik Deutschland für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und den Freistaat Sachsen;
- in der Republik Polen für die Woiwodschaften Niederschlesien, Lebuser Land und Westpommern.

Artikel 4

Kooperationsvereinbarungen

- (1) Zur Umsetzung des Rahmenabkommens können Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden.
- (2) Zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, deren Umsetzung und Überwachung sind befugt:
 - für die Bundesrepublik Deutschland die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Freistaat Sachsen sowie die Landkreise und kreisfreien Städte
 - für die Republik Polen der Woiwode von Niederschlesien; der Woiwode der Woiwodschaft Lebuser Land, der Woiwode von Westpommern.
- (3) In den Kooperationsvereinbarungen nach Absatz 1 werden die Bedingungen und Regeln der Zusammenarbeit festgelegt. Dies betrifft insbesondere
 1. die Verfahrensweise der Durchführung von Rettungseinsätzen auf beiden Seiten der Grenze;
 2. die Voraussetzungen für die Annahme oder Ablehnung von Notrufen sowie das Entsenden des Rettungsteams;

3. die Voraussetzungen für den Abschluss von Rettungseinsätzen am Einsatzort;
4. die Festlegung von Einsatzgebieten der einzelnen Rettungsteams;
5. die Organisation und Koordination der technischen Kommunikation;
6. die Verwendung von Licht- und Tonsignalen durch Rettungsfahrzeuge nach Maßgabe des geltenden innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei sowie der innerstaatlichen Kompetenzverteilung;
7. die Identifizierung von Leistungserbringern im Rettungsdienst und Rettungsteams;
8. die Haftpflichtversicherung der Leistungserbringer im Rettungsdienst für Schäden, die bei der Durchführung von Rettungseinsätzen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei verursacht werden, nach Maßgabe der innerstaatlichen Kompetenzverteilung sowie des geltenden innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei;
9. die Erfassung der durchgeführten Rettungseinsätze;
10. Initiativen zur Intensivierung und Verbesserung der Kommunikation, Organisation und Durchführung grenzüberschreitender Rettungseinsätze, unter anderem durch gemeinsame Schulungen (zum Beispiel Sprachkurse);
11. die Auswertung und Kontrolle der Qualität sowie der Sicherheit der durchgeführten Rettungseinsätze;
12. Einzelheiten der in Artikel 8 dieses Rahmenabkommens vorgesehenen Kostenübernahme für grenzüberschreitende Rettungseinsätze durch die Parteien, die nach Absatz 2 die Kooperationsvereinbarungen schließen.

Artikel 5

Rettungsdienstliches Personal

(1) Personen, die Rettungsmaßnahmen im Rahmen dieses Rahmenabkommens durchführen, unterliegen keiner Pflicht zur Registrierung oder Vorabinformation über die beabsichtigte Durchführung medizinischer Rettungsmaßnahmen sowie zur Erlangung zusätzlicher Genehmigungen im Bereich der Durchführung dieser Maßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Zudem sind diese Personen von der Pflichtmitgliedschaft in Berufskammern der jeweils anderen Vertragspartei befreit.

(2) Personen, von denen Rettungseinsätze im Rahmen dieses Rahmenabkommens durchgeführt werden, handeln gemäß der vorhandenen beruflichen Qualifikation und nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft sowie unter Beachtung der Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Rettungseinsätze durchgeführt werden.

Artikel 6

Grenzübertritt

(1) Personen, die aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates im Rahmen einer Notfallversorgung einreisen, sind von der Pflicht befreit, ein gültiges Reisedokument sowie einen Sichtvermerk oder ein anderes Dokument, das zur Einreise und zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei berechtigt, zu besitzen, falls sie erforderlich sind. Die Befreiung endet, sobald es möglich wird, die Dokumente zu erhalten, die einen Aufenthalt in diesem Hoheitsgebiet ermöglichen, oder ein Antrag auf Ausstellung dieser Dokumente bei den zuständigen Behörden gestellt werden kann, wobei die besonderen Umstände des betreffenden Falles und der Vorrang der Inanspruchnahme von Hilfe zu beachten sind.

(2) Besteht keine Möglichkeit, die richtigen Dokumente zu erhalten, die den Aufenthalt im Hoheitsgebiet der die Hilfe leistenden Vertragspartei ermöglichen, nimmt die Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet die Einreise erfolgte, die Personen ohne

zusätzliche Formalitäten und ohne unnötige Verzögerung auf, denen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Hilfe bei einem medizinischen Notfall gewährt wurde.

(3) Im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der gemeinsamen Grenze nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) oder eines diese Verordnung ergänzenden oder ersetzenden Rechtsaktes erfolgt der Grenzübertritt an den festgelegten Grenzübergangsstellen. In besonderen Fällen kann der Grenzübertritt auch außerhalb der festgelegten Grenzübergangsstellen nach vorheriger Unterrichtung der zuständigen Grenzbehörden der anderen Vertragspartei erfolgen. Absatz 1 bleibt unberührt.

Artikel 7

Sonderrechte und Ausstattung der Rettungsfahrzeuge

(1) Fahrzeuge des Rettungsdienstes der einen Vertragspartei haben bei Rettungseinsätzen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei im Rahmen dieses Abkommens die gleichen Sonder- und Wegerechte wie Fahrzeuge des Rettungsdienstes der anderen Vertragspartei gemäß den jeweiligen Straßenverkehrsvorschriften.

(2) Die zur Durchführung von Rettungseinsätzen erforderliche Ausrüstung der Rettungsteams erfüllt die in den nationalen Rechtsvorschriften der Vertragspartei, aus der das Rettungsteam kommt, festgelegten Anforderungen und unterliegt keinen Einbeziehungsweise Ausfuhrverboten oder -beschränkungen.

(3) Jede Vertragspartei erkennt die Rettungsfahrzeugzulassungen, Fahrerlaubnisse, Fahrberechtigungen, technischen Ausstattungen, Genehmigungen und sonstige für die Durchführung von Rettungseinsätzen bei medizinischen Notfällen zu erfüllenden Anforderungen an, die die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zulassen.

(4) Den Besitz zu medizinischen Zwecken sowie die Anwendung von zugelassenen Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen durch die Rettungsteams regeln die in der Anlage zu diesem Rahmenabkommen genannten nationalen Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei.

Artikel 8

Kosten

(1) Die Ausgestaltung der Kostenübernahme von Rettungseinsätzen wird in Kooperationsvereinbarungen geregelt. Diese sollen vorsehen, dass die Kosten grenzüberschreitender Rettungsdiensteinsätze dem hilfeleistenden Staat nicht erstattet werden.

(2) Die Bestimmungen der Verordnungen der Europäischen Union über die Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.

Artikel 9

Schutz personenbezogener Daten

Personenbezogene Daten werden nach Maßgabe der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr sowie der jeweiligen nationalen Umsetzungsvorschriften geschützt.

Artikel 10

Gemeinsame Kommission

(1) Es wird eine Gemeinsame Kommission eingerichtet, die aus der gleichen Zahl von Vertretern der jeweils zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammengesetzt ist. Sie wird beauftragt, die richtige Umsetzung der Bestimmungen dieses

Rahmenabkommens zu begleiten und eventuell inhaltliche Änderungen dieses Abkommens vorzuschlagen. Die gemeinsame Kommission tritt nicht weniger als einmal im Jahr und im Bedarfsfall auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien zusammen.

(2) Die Organisationskosten der Sitzung der Gemeinsamen Kommission werden von der austragenden Vertragspartei getragen. Organisatorische Einzelheiten zur Arbeitsweise der Gemeinsamen Kommission werden in deren Geschäftsordnung geregelt.

(3) Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Anwendung oder Auslegung dieses Rahmenabkommens werden von der Gemeinsamen Kommission in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Organen der Vertragsparteien gelöst. Sollte es unmöglich sein, eine Verständigung zu erzielen, werden die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens betreffende Meinungsunterschiede zur Lösung auf diplomatischem Wege weitergeleitet.

Artikel 11

Gegenseitige Informationsverpflichtungen

Die Vertragsparteien dieses Rahmenabkommens verpflichten sich, der jeweils anderen Vertragspartei sämtliche Informationen über Veränderungen in den Organisations- und Rechtssystemen, die auf die Durchführung dieses Rahmenabkommens Auswirkungen haben können, unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 12

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, insbesondere aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder

schweren Unglücksfällen, das am 10. April 1997 in Warschau unterzeichnet wurde, bleiben durch dieses Rahmenabkommen unberührt.

Artikel 13

Änderung der Anlage

Änderungen und Ergänzungen der Anlage zu diesem Rahmenabkommen erfolgen in Form des diplomatischen Notenwechsels.

Artikel 14

Geltungsdauer, Kündigung und Änderungen des Rahmenabkommens

(1) Dieses Rahmenabkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Jede Vertragspartei dieses Rahmenabkommens kann es jederzeit durch schriftliche Notifikation auf diplomatischem Wege kündigen. Diese Kündigung wird nach Ablauf von zwölf Monaten nach Eingang der Notifikation über die Kündigung bei der jeweils anderen Vertragspartei wirksam.

(3) Änderungen dieses Rahmenabkommens bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Artikel 15

Inkrafttreten des Rahmenabkommens

(1) Die Vertragsparteien teilen einander auf diplomatischem Wege mit, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Rahmenabkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Rahmenabkommen tritt 90 Tage nach Eingang der letzten Note in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 21. Dezember 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist

Für die Bundesrepublik Deutschland
Rüdiger Freiherr von Fritsch
Daniel Bahr

Für die Republik Polen
Bartosz Artukowicz

Anlage
zum Rahmenabkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst

Vorschriften zu den Grundsätzen der Anwendung von Betäubungsmitteln, die von den Rettungsteams transportiert werden:

In der Bundesrepublik Deutschland finden Anwendung:

1. Paragraph 4 Absatz 1 Nummer 4 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) in Verbindung mit Paragraph 15 der Betäubungsmittelaußenhandels-Verordnung (BtMAHV) sowie
2. Paragraphen 2 und 6 der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV).

In der Republik Polen finden Anwendung:

1. Gesetz über die Drogenbekämpfung vom 29. Juli 2005 (ustawa z dnia 29 lipca 2005 r. o przeciwdziałaniu narkomanii, Dz. U. Nr 179, Poz. 1485, z późn. zm.);
2. Pharmaziegesetz vom 6. September 2001 (ustawa z dnia 6 września 2001 r. Prawo Farmaceutyczne, Dz. U. z 2008 Nr 45, Poz. 271, z późn. zm.);
3. Verordnung des Gesundheitsministers vom 6. Februar 2012 über Zubereitungen, die Betäubungsmittel oder psychotrope Stoffe enthalten und nach Erhalt der Genehmigung des Woiwodschaftsinspektors für Pharmazeutische Angelegenheiten zu medizinischen Zwecken aufbewahrt sowie zu klinischen Untersuchungen angewendet werden können (Dz. U. vom 15.2.2012, Pos. 169);
4. Verordnung des Gesundheitsministers vom 11. September 2006 über Betäubungsmittel, psychotrope Stoffe, Grundstoffe der Kategorie 1 und Zubereitungen, die diese Mittel oder Stoffe enthalten (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 11 września 2006 r. w sprawie środków odurzających, substancji psychotropowych, prekursorów kategorii 1 i preparatów zawierających te środki lub substancje, Dz. U. Nr 169, Poz. 1216, z późn. zm.);
5. Verordnung des Gesundheitsministers vom 29. Dezember 2006 über den genauen Umfang der Rettungsmaßnahmen, die durch einen Rettungssanitäter unternommen werden können (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 29 grudnia 2006 r. w sprawie szczegółowego zakresu medycznych czynności ratunkowych, które mogą być podejmowane przez ratownika medycznego Dz. U. z 2007 Nr 4, poz. 33, z późn. zm.);
6. Verordnung des Gesundheitsministers vom 7. November 2007 über Art und Umfang der Vorbeugungs-, Diagnostik-, Behandlungs- und Rehabilitationsleistungen, die von Krankenschwestern oder Hebammen eigenständig und ohne ärztliche Anordnung erbracht werden (rozporządzenie Ministra Zdrowia z dnia 7 listopada 2007 r. w sprawie rodzaju i zakresu świadczeń zapobiegawczych, diagnostycznych, leczniczych i rehabilitacyjnych udzielanych przez pielęgniarkę albo położną samodzielnie bez zlecenia lekarskiego Dz. U. Nr 210, Poz. 1540).

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht**

Vom 23. Mai 2013

Die Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vom 31. Oktober 1951 in der Fassung vom 30. Juni 2005 (BGBl. 2006 II S. 1417, 1418) ist nach ihrem Artikel 2 Absatz 3 für

Sambia am 17. Mai 2013

Vietnam am 10. April 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Mai 2011 (BGBl. II S. 606).

Berlin, den 23. Mai 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrags
über die Errichtung des Funktionalen Luftraumblocks „Europe Central“
zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien,
der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg,
dem Königreich der Niederlande und der Schweizerischen Eidgenossenschaft
(FABEC-Vertrag)**

Vom 24. Mai 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2012 zu dem Vertrag vom 2. Dezember 2010 über die Errichtung des Funktionalen Luftraumblocks „Europe Central“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (FABEC-Vertrag – BGBl. 2012 II S. 634, 635) wird bekannt gemacht, dass der FABEC-Vertrag nach seinem Artikel 38 für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 1. Juni 2013

in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 1. Oktober 2012 bei der Regierung des Königreichs Belgien in Brüssel hinterlegt worden.

Berlin, den 24. Mai 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-österreichischen Vertrags
über die Zusammenarbeit
bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit
und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit
und über das gleichzeitige Inkrafttreten
der dazugehörigen Verordnung**

Vom 27. Mai 2013

Nach Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung vom 4. Februar 2013 zu dem Vertrag vom 11. Juni 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit (BGBl. 2013 II S. 104, 105) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 13 Absatz 2

am 1. August 2013

in Kraft treten wird.

Gleichzeitig wird nach Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung vom 4. Februar 2013 bekannt gemacht, dass diese nach ihrem Artikel 2 Absatz 1 am 1. August 2013 in Kraft treten wird.

Berlin, den 27. Mai 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-salvadorianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. Juni 2013

Das in Antigua Cuscatlán am 29. Oktober 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik El Salvador über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 (Vorhaben „Förderung der Solarenergie in El Salvador“) (BGBl. 2013 II S. 514, 515) ist nach seinem Artikel 6

am 16. April 2013

in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel**

Vom 4. Juni 2013

Das am 15. August 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Abkommen zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (BGBl. 1998 II S. 2498, 2500; 2002 II S. 2411, 2412; 2004 II S. 600, 601) ist nach seinem Artikel XIV Absatz 2 für

Island* am 1. Juni 2013
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. März 2013 gegenüber dem Außenministerium der Niederlande als Verwahrer des Abkommens angebrachten Vorbehalts zu Anlage 3

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. März 2013 (BGBl. II S. 422).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Abkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer Sprache auf der Webseite des niederländischen Außenministeriums unter <http://www.government.nl> einsehbar.

Berlin, den 4. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
des deutsch-ecuadorianischen Abkommens
über die Befreiung von der Visumpflicht
für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen**

Vom 4. Juni 2013

Das in Berlin am 12. Oktober 2011 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen ist nach seinem Artikel 10 Absatz 1

am 9. April 2013

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 4. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über die Befreiung von der Visumpflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Ecuador,
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

in dem Wunsch, ihre gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen,

in Anbetracht ihres Interesses, ihre bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen, und im Hinblick darauf, den Angehörigen des Staates einer Vertragspartei das Reisen in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Angehörige des Staates einer Vertragspartei, die Inhaber gültiger, von einer Vertragspartei dieses Abkommens ausgestellter Diplomaten- oder Dienstpässe sind und nicht im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei ernannt beziehungsweise in dieses abgeordnet sind, sind bei der Einreise in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei, bei der Durchreise durch dieses, beim Aufenthalt in diesem oder bei der Ausreise aus diesem beginnend mit dem Tag der Ankunft (für Staatsangehörige der Republik Ecuador: dem Tag der ersten Einreise in den Schengen-Raum) sechs Monate lang für bis zu 90 Tage (zusammenhängend oder in mehreren Zeitabschnitten) von der Visumpflicht befreit. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit, für die nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien eine Arbeitserlaubnis erforderlich ist, ist nicht gestattet.

Artikel 2

(1) Durch dieses Abkommen sind Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie Vertreter internationaler Organisationen, die sich im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei befinden, die Inhaber gültiger Diplomaten- oder Dienstpässe sind, wie auch deren Familienangehörige nicht von der Pflicht entbunden, sich vor ihrer Ankunft ein Visum für die Beglaubigung durch den Empfangsstaat zu beschaffen.

(2) Die genannten Personen können nach der Akkreditierung für die gesamte Zeit ihrer Bestellung ohne Visum in das Hoheitsgebiet des Empfangsstaates einreisen, durch dieses durchreisen, sich in diesem aufhalten und aus diesem ausreisen.

(3) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt es die im Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder im Wiener Übereinkommen

vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen enthaltenen Rechte und Pflichten.

Artikel 3

Die in den Artikeln 1 und 2 genannten Personen können allen für den internationalen Personenverkehr geöffneten Grenzübergangsstellen in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei einreisen beziehungsweise aus diesem ausreisen.

Artikel 4

Dieses Abkommen lässt die Pflicht der in den Artikeln 1 und 2 genannten Personen unberührt, die Gesetze des Empfangsstaates einzuhalten.

Artikel 5

Dieses Abkommen lässt das Recht der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unberührt, einer Person, die zur *Persona non grata* erklärt wurde oder nach nationalem, supranationalem oder internationalem Recht nicht die Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt erfüllt, die Einreise zu verweigern oder den Aufenthalt zu verbieten.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Durchführung dieses Abkommens aus Gründen der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung ganz oder teilweise zu suspendieren.

(2) Der jeweils anderen Vertragspartei ist die Suspendierung dieses Abkommens spätestens 72 Stunden vor Wirksamwerden dieser Maßnahme auf diplomatischem Weg zu notifizieren.

(3) Die Suspendierung dieses Abkommens berührt nicht die Rechte von in den Artikeln 1 und 2 genannten Personen, die sich bereits im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei aufhalten.

Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien tauschen spätestens 30 Tage vor Inkrafttreten dieses Abkommens auf diplomatischem Weg Muster der Diplomaten- und Dienstpässe aus.

(2) Bei Einführung eines neuen Diplomaten- oder Dienstpässes oder bei Änderung des gegenwärtig gültigen Passes durch eine Vertragspartei übermittelt diese der anderen Vertragspartei spätestens 30 Tage vor Wirksamwerden des neuen Passes oder der Änderung auf diplomatischem Weg ein Muster dieses Passes. Die Vertragsparteien wenden die von der Internationalen

Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) empfohlenen Normen für maschinenlesbare Reisedokumente an.

(3) Jede Vertragspartei notifiziert der jeweils anderen Vertragspartei etwaige Änderungen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Ausstellung von Diplomaten- oder Dienstpässen; dies geschieht spätestens 30 Tage vor Inkrafttreten der neuen Regelung.

(4) Bei Verlust, Diebstahl oder Ungültigwerden eines Diplomaten- oder Dienstpasses unterrichten die Vertragsparteien einander unverzüglich.

Artikel 8

Die Vertragsparteien können dieses Abkommen im gegenseitigen Einvernehmen durch Zusatzprotokolle oder Notenwechsel ändern; diese werden Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 9

Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten über die Auslegung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Weg

durch Konsultation oder Verhandlung zwischen den Vertragsparteien gütlich beigelegt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt und die hierfür gegebenenfalls erforderlichen innerstaatlichen Verfahren abgeschlossen sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen bleibt bis zur Kündigung durch eine der Vertragsparteien in Kraft; es tritt drei Monate nach Eingang der Kündigungsanzeige außer Kraft. Diese Anzeige muss keine rechtliche Begründung enthalten.

(3) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Regierung der Republik Ecuador wird unter Angabe der VN-Registriernummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 12. Oktober 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher, spanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des spanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Braun

Für die Regierung der Republik Ecuador

Jorge Jurado

Bekanntmachung der deutsch-nicaraguanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 4. Juni 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 25. April 2013/30. April 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Kläranlage Managua: Biogas und solare Schlamm-trocknung“) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 30. April 2013

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Juni 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Klaus Krämer

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Managua, den 25. April 2013

Herr Vizeminister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Ziffer 3.3 Buchstabe a des Protokolls der Arbeitsgespräche vom 25. April 2012 und auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 497/2013) vom 6. Dezember 2012 sowie auf die Vereinbarung durch Notenwechsel vom 10. Oktober 2011 und 12. Oktober 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit zum Vorhaben „Kläranlage Managua: Biogas und solare Schlamm Trocknung“ zur Ergänzung des Vorhabens „Sanierung des Managua-Sees/Komponente Kläranlage“ vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen von bis zu 6 000 000 Euro (in Worten: sechs Millionen Euro) für das Vorhaben „Kläranlage Managua: Biogas und solare Schlamm Trocknung“ zu erhalten, wenn das Vorhaben nach Prüfung genehmigt wird.
2. Die Zusage des unter Nummer 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2020.
3. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 10. Oktober 2011 und 12. Oktober 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit auch für dieses Vorhaben.
4. Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach Inkrafttreten der Vereinbarung von der Regierung der Republik Nicaragua veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Nicaragua mit den unter den Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Karl-Otto König

Herrn Valdrack Jaentschke
Vizeminister-Sekretär für Externe Kooperation
Ministerium für Auswärtige Beziehungen
Managua

**Bekanntmachung
des Übereinkommens
zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes**

Vom 7. Juni 2013

Das am 10. April 2013 von der Bundesrepublik Deutschland angenommene Übereinkommen vom 17. Oktober 2003 zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung bekannt gemacht.

Das Übereinkommen wird nach seinem Artikel 34 für die
Bundesrepublik Deutschland am 10. Juli 2013
in Kraft treten.

Die deutsche Annahmeerkunde ist am 10. April 2013 beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris hinterlegt worden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 10. April 2013 bei Hinterlegung ihrer Annahmeerkunde gegenüber dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris die folgende Erklärung abgegeben:

(Höflichkeitsübersetzung)

„Die Bundesrepublik Deutschland erklärt nach Artikel 26 Absatz 2 des Übereinkommens, dass sie nicht durch Artikel 26 Absatz 1 des Übereinkommens gebunden ist.“

„The Federal Republic of Germany declares, in accordance with Article 26, paragraph 2, of the Convention, that it shall not be bound by the provisions of paragraph 1 of that Article.“

Ferner ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 34 für folgende Vertragsparteien in Kraft getreten:

Afghanistan	am	30. Juni 2009
Ägypten	am	20. April 2006
Albanien	am	4. Juli 2006
Algerien	am	20. April 2006
Äquatorialguinea	am	17. September 2010
Argentinien*	am	9. November 2006
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 9. August 2006 abgegebenen Erklärung zu Artikel 26 Absatz 2 des Übereinkommens und eines Vorbehalts zu Artikel 33 Absatz 2 und Artikel 2 Nummer 5 des Übereinkommens		
Armenien	am	18. August 2006
Aserbaidschan	am	18. April 2007
Äthiopien	am	24. Mai 2006
Bangladesch	am	11. September 2009
Barbados	am	2. Januar 2009
Belarus	am	20. April 2006
Belgien	am	24. Juni 2006

Belize	am	4. März 2008
Benin	am	17. Juli 2012
Bhutan	am	20. April 2006
Bolivien, Plurinationaler Staat	am	28. Mai 2006
Bosnien und Herzegowina	am	23. Mai 2009
Botsuana	am	1. Juli 2010
Brasilien	am	1. Juni 2006
Brunei Darussalam	am	12. November 2011
Bulgarien	am	10. Juni 2006
Burkina Faso	am	21. Oktober 2006
Burundi	am	25. November 2006
Chile	am	10. März 2009
China	am	20. April 2006
Costa Rica	am	23. Mai 2007
Côte d'Ivoire	am	13. Oktober 2006
Dänemark (nicht für Färöer und Grönland)	am	30. Januar 2010
Dominica	am	20. April 2006
Dominikanische Republik	am	2. Januar 2007
Dschibuti	am	30. November 2007
Ecuador	am	13. Mai 2008
El Salvador	am	13. Dezember 2012
Eritrea	am	7. Januar 2011
Estland	am	27. April 2006
Fidschi	am	19. April 2010
Finnland	am	21. Mai 2013
Frankreich	am	11. Oktober 2006
Gabun	am	20. April 2006
Gambia	am	26. August 2011
Georgien	am	18. Juni 2008
Grenada	am	15. April 2009
Griechenland	am	3. April 2007
Guatemala	am	25. Januar 2007
Guinea	am	20. Mai 2008
Haiti	am	17. Dezember 2009
Honduras	am	24. Oktober 2006
Indien	am	20. April 2006
Indonesien*	am	15. Januar 2008 nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. Oktober 2007 abgegebenen Erklärung nach Artikel 26 Absatz 2 des Übereinkommens
Irak	am	6. April 2010
Iran, Islamische Republik	am	23. Juni 2006
Island	am	20. April 2006
Italien	am	30. Januar 2008
Jamaika	am	27. Dezember 2010
Japan	am	20. April 2006
Jemen	am	8. Januar 2008
Jordanien	am	24. Juni 2006
Kambodscha	am	13. September 2006

Kamerun	am	9. Januar 2013
Kasachstan	am	28. März 2012
Katar	am	1. Dezember 2008
Kenia	am	24. Januar 2008
Kirgisistan	am	6. Februar 2007
Kolumbien*	am	19. Juni 2008
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. März 2008 abgegebenen Erklärung betreffend die Artikel 5 und 38 des Übereinkommens		
Kongo	am	16. Oktober 2012
Kongo, Demokratische Republik	am	28. Dezember 2010
Korea, Demokratische Republik	am	21. Februar 2009
Korea, Republik	am	20. April 2006
Kroatien	am	20. April 2006
Kuba	am	29. August 2007
Laos, Demokratische Volksrepublik	am	26. Februar 2010
Lesotho	am	29. Oktober 2008
Lettland	am	20. April 2006
Libanon	am	8. April 2007
Litauen	am	20. April 2006
Luxemburg	am	30. April 2006
Madagaskar	am	30. Juni 2006
Malawi	am	16. Juni 2010
Mali	am	20. April 2006
Marokko	am	6. Oktober 2006
Mauretanien	am	15. Februar 2007
Mauritius	am	20. April 2006
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	13. September 2006
Mexiko	am	20. April 2006
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	13. Mai 2013
Moldau, Republik	am	24. Juni 2006
Monaco	am	4. September 2007
Mongolei	am	20. April 2006
Montenegro	am	14. Dezember 2009
Mosambik	am	18. Januar 2008
Namibia	am	19. Dezember 2007
Nepal	am	15. September 2010
Nicaragua	am	14. Mai 2006
Niederlande, europäischer Teil	am	15. August 2012
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am	15. August 2012
Aruba	am	15. August 2012
Niger	am	27. Juli 2007
Nigeria	am	20. April 2006
Norwegen	am	17. April 2007
Oman	am	20. April 2006
Österreich	am	9. Juli 2009
Pakistan	am	20. April 2006
Palau	am	2. Februar 2012

Panama	am	20. April 2006
Papua-Neuguinea	am	12. Dezember 2008
Paraguay	am	14. Dezember 2006
Peru	am	20. April 2006
Philippinen	am	18. November 2006
Polen	am	16. August 2011
Portugal	am	21. August 2008
Ruanda	am	21. April 2013
Rumänien	am	20. April 2006
Sambia	am	10. August 2006
São Tomé und Príncipe	am	25. Oktober 2006
Saudi-Arabien*	am	10. April 2008
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Januar 2008 abgegebenen Erklärung nach Artikel 26 Absatz 2 des Übereinkommens		
Schweden	am	26. April 2011
Schweiz	am	16. Oktober 2008
Senegal	am	20. April 2006
Serbien	am	30. September 2010
Seychellen*	am	20. April 2006
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. Februar 2005 abgegebenen Erklärung nach Artikel 26 Absatz 2 des Übereinkommens		
Simbabwe	am	30. August 2006
Slowakei	am	24. Juni 2006
Slowenien	am	18. Dezember 2008
Spanien	am	25. Januar 2007
Sri Lanka	am	21. Juli 2008
St. Lucia	am	1. Mai 2007
St. Vincent und die Grenadinen	am	25. Dezember 2009
Sudan	am	19. September 2008
Swasiland	am	30. Januar 2013
Syrien, Arabische Republik	am	20. April 2006
Tadschikistan	am	17. November 2010
Tansania	am	18. Januar 2012
Togo	am	5. Mai 2009
Tonga	am	26. April 2010
Trinidad und Tobago	am	22. Oktober 2010
Tschad	am	17. September 2006
Tschechische Republik	am	18. Mai 2009
Tunesien	am	24. Oktober 2006
Türkei	am	27. Juni 2006
Turkmenistan	am	25. Februar 2012
Uganda	am	13. August 2009
Ukraine	am	27. August 2008
Ungarn	am	17. Juni 2006
Uruguay	am	18. April 2007
Usbekistan	am	29. April 2008
Vanuatu	am	22. Dezember 2010
Venezuela, Bolivarische Republik	am	12. Juli 2007

Vereinigte Arabische Emirate	am	20. April 2006
Vietnam	am	20. April 2006
Zentralafrikanische Republik	am	20. April 2006
Zypern	am	24. Mai 2006.

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der UNESCO unter <http://www.unesco.org> einsehbar.

Berlin, den 7. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes

Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage

Convention pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel

(Übersetzung)

The General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization hereinafter referred to as UNESCO, meeting in Paris, from 29 September to 17 October 2003, at its 32nd session,

Referring to existing international human rights instruments, in particular to the Universal Declaration on Human Rights of 1948, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights of 1966, and the International Covenant on Civil and Political Rights of 1966,

Considering the importance of the intangible cultural heritage as a mainspring of cultural diversity and a guarantee of sustainable development, as underscored in the UNESCO Recommendation on the Safeguarding of Traditional Culture and Folklore of 1989, in the UNESCO Universal Declaration on Cultural Diversity of 2001, and in the Istanbul Declaration of 2002 adopted by the Third Round Table of Ministers of Culture,

Considering the deep-seated interdependence between the intangible cultural heritage and the tangible cultural and natural heritage,

Recognizing that the processes of globalization and social transformation, alongside the conditions they create for renewed dialogue among communities, also give rise, as does the phenomenon of intolerance, to grave threats of deterioration, disappearance and destruction of the intangible cultural heritage, in particular owing to a lack of resources for safeguarding such heritage,

La Conférence générale de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture ci-après dénommée "l'UNESCO", réunie à Paris du vingt-neuf septembre au dix-sept octobre 2003 en sa 32^e session,

Se référant aux instruments internationaux existants relatifs aux droits de l'homme, en particulier à la Déclaration universelle des droits de l'homme de 1948, au Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels de 1966 et au Pacte international relatif aux droits civils et politiques de 1966,

Considérant l'importance du patrimoine culturel immatériel, creuset de la diversité culturelle et garant du développement durable, telle que soulignée par la Recommandation de l'UNESCO sur la sauvegarde de la culture traditionnelle et populaire de 1989, par la Déclaration universelle de l'UNESCO sur la diversité culturelle de 2001 et par la Déclaration d'Istanbul de 2002 adoptée par la troisième Table ronde des ministres de la culture,

Considérant la profonde interdépendance entre le patrimoine culturel immatériel et le patrimoine matériel culturel et naturel,

Reconnaissant que les processus de mondialisation et de transformation sociale, à côté des conditions qu'ils créent pour un dialogue renouvelé entre les communautés, font, tout comme les phénomènes d'intolérance, également peser de graves menaces de dégradation, de disparition et de destruction sur le patrimoine culturel immatériel, en particulier du fait du manque de moyens de sauvegarde de celui-ci,

Die Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, im Folgenden als „UNESCO“ bezeichnet, die vom 29. September bis 17. Oktober 2003 in Paris zu ihrer 32. Tagung zusammengetreten ist, –

unter Bezugnahme auf die bestehenden internationalen Menschenrechtsübereinkünfte, insbesondere auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, auf den Internationalen Pakt von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und auf den Internationalen Pakt von 1966 über bürgerliche und politische Rechte;

angesichts der Bedeutung des immateriellen Kulturerbes als Quelle kultureller Vielfalt und Garant der nachhaltigen Entwicklung, wie dies in der Empfehlung der UNESCO von 1989 über die Erhaltung der traditionellen Kultur und der Volkskultur, der Allgemeinen Erklärung der UNESCO von 2001 über die kulturelle Vielfalt und der vom Dritten Runden Tisch der Kulturminister angenommenen Erklärung von Istanbul von 2002 hervorgehoben wird;

angesichts der tief reichenden wechselseitigen Abhängigkeit zwischen dem immateriellen Kulturerbe und dem materiellen Kultur- und Naturerbe;

in Anerkennung der Tatsache, dass die Prozesse der Globalisierung und des gesellschaftlichen Wandels neben den Voraussetzungen, die sie für einen neuerlichen Dialog zwischen den Gemeinschaften schaffen, auch – wie das Phänomen der Intoleranz – große Gefahren für den Verfall, den Verlust und die Zerstörung des immateriellen Kulturerbes mit sich bringen, insbesondere, weil Mittel zur Erhaltung dieses Erbes fehlen;

Being aware of the universal will and the common concern to safeguard the intangible cultural heritage of humanity,

Recognizing that communities, in particular indigenous communities, groups and, in some cases, individuals, play an important role in the production, safeguarding, maintenance and re-creation of the intangible cultural heritage, thus helping to enrich cultural diversity and human creativity,

Noting the far-reaching impact of the activities of UNESCO in establishing normative instruments for the protection of the cultural heritage, in particular the Convention for the Protection of the World Cultural and Natural Heritage of 1972,

Noting further that no binding multilateral instrument as yet exists for the safeguarding of the intangible cultural heritage,

Considering that existing international agreements, recommendations and resolutions concerning the cultural and natural heritage need to be effectively enriched and supplemented by means of new provisions relating to the intangible cultural heritage,

Considering the need to build greater awareness, especially among the younger generations, of the importance of the intangible cultural heritage and of its safeguarding,

Considering that the international community should contribute, together with the States Parties to this Convention, to the safeguarding of such heritage in a spirit of cooperation and mutual assistance,

Recalling UNESCO's programmes relating to the intangible cultural heritage, in particular the Proclamation of Masterpieces of the Oral and Intangible Heritage of Humanity,

Considering the invaluable role of the intangible cultural heritage as a factor in bringing human beings closer together and ensuring exchange and understanding among them,

Adopts this Convention on this seventeenth day of October 2003.

I. General provisions

Article 1

Purposes of the Convention

The purposes of this Convention are:

- (a) to safeguard the intangible cultural heritage;
- (b) to ensure respect for the intangible cultural heritage of the communities, groups and individuals concerned;

Consciente de la volonté universelle et de la préoccupation partagée de sauvegarder le patrimoine culturel immatériel de l'humanité,

Reconnaissant que les communautés, en particulier les communautés autochtones, les groupes et, le cas échéant, les individus, jouent un rôle important dans la production, la sauvegarde, l'entretien et la recréation du patrimoine culturel immatériel, contribuant ainsi à l'enrichissement de la diversité culturelle et de la créativité humaine,

Notant la grande portée de l'activité menée par l'UNESCO afin d'établir des instruments normatifs pour la protection du patrimoine culturel, en particulier la Convention pour la protection du patrimoine mondial, culturel et naturel de 1972,

Notant en outre qu'il n'existe à ce jour aucun instrument multilatéral à caractère contraignant visant à la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel,

Considérant que les accords, recommandations et résolutions internationaux existants concernant le patrimoine culturel et naturel devraient être enrichis et complétés efficacement au moyen de nouvelles dispositions relatives au patrimoine culturel immatériel,

Considérant la nécessité de faire davantage prendre conscience, en particulier parmi les jeunes générations, de l'importance du patrimoine culturel immatériel et de sa sauvegarde,

Considérant que la communauté internationale devrait contribuer avec les Etats parties à la présente Convention à la sauvegarde de ce patrimoine dans un esprit de coopération et d'entraide,

Rappelant les programmes de l'UNESCO relatifs au patrimoine culturel immatériel, notamment la Proclamation des chefs-d'œuvre du patrimoine oral et immatériel de l'humanité,

Considérant le rôle inestimable du patrimoine culturel immatériel comme facteur de rapprochement, d'échange et de compréhension entre les êtres humains,

Adopte, le dix-sept octobre 2003, la présente Convention.

I. Dispositions générales

Article premier

Buts de la Convention

Les buts de la présente Convention sont:

- (a) la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel;
- (b) le respect du patrimoine culturel immatériel des communautés, des groupes et des individus concernés;

im Bewusstsein des allgemeinen Willens und des gemeinsamen Anliegens, das immaterielle Kulturerbe der Menschheit zu erhalten;

in Anerkennung der Tatsache, dass Gemeinschaften, insbesondere indigene Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen eine wichtige Rolle bei der Schaffung, Erhaltung, Pflege und Neugestaltung des immateriellen Kulturerbes spielen und auf diese Weise einen Beitrag zur Bereicherung der kulturellen Vielfalt und der menschlichen Kreativität leisten;

eingedenk der weit reichenden Folgen der Tätigkeiten der UNESCO zur Schaffung maßgeblicher Übereinkünfte für den Schutz des Kulturerbes, insbesondere des Übereinkommens von 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt;

weiterhin eingedenk der Tatsache, dass bis heute keine verbindliche mehrseitige Übereinkunft zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes besteht;

angesichts der Tatsache, dass die bestehenden internationalen Übereinkünfte, Empfehlungen und Entschlüsse über das Kultur- und Naturerbe durch neue Bestimmungen zum immateriellen Kulturerbe wirksam bereichert und ergänzt werden sollten;

angesichts der Notwendigkeit, ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung des immateriellen Kulturerbes und seine Erhaltung zu entwickeln, insbesondere bei den jungen Generationen;

angesichts der Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft zusammen mit den Vertragsstaaten dieses Übereinkommens im Geiste der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zur Erhaltung dieses Erbes beitragen sollte;

unter Hinweis auf die Programme der UNESCO betreffend das immaterielle Kulturerbe, insbesondere auf die Proklamation der Meisterwerke des mündlich überlieferten und immateriellen Erbes der Menschheit;

angesichts der unschätzbaren Bedeutung des immateriellen Kulturerbes als Mittel zur Förderung von Annäherung, Austausch und Verständnis zwischen den Menschen –

nimmt dieses Übereinkommen am 17. Oktober 2003 an.

I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Ziele des Übereinkommens

Die Ziele dieses Übereinkommens sind

- a) die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes;
- b) die Gewährleistung der Achtung vor dem immateriellen Kulturerbe der jeweiligen Gemeinschaften, Gruppen und Einzelpersonen;

(c) to raise awareness at the local, national and international levels of the importance of the intangible cultural heritage, and of ensuring mutual appreciation thereof;

(d) to provide for international cooperation and assistance.

(c) la sensibilisation aux niveaux local, national et international à l'importance du patrimoine culturel immatériel et de son appréciation mutuelle;

(d) la coopération et l'assistance internationales.

c) die Bewusstseinsförderung in Bezug auf die Bedeutung des immateriellen Kulturerbes und seiner gegenseitigen Wertschätzung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene;

d) die internationale Zusammenarbeit und Unterstützung.

Article 2 Definitions

For the purposes of this Convention,

1. The "intangible cultural heritage" means the practices, representations, expressions, knowledge, skills – as well as the instruments, objects, artefacts and cultural spaces associated therewith – that communities, groups and, in some cases, individuals recognize as part of their cultural heritage. This intangible cultural heritage, transmitted from generation to generation, is constantly re-created by communities and groups in response to their environment, their interaction with nature and their history, and provides them with a sense of identity and continuity, thus promoting respect for cultural diversity and human creativity. For the purposes of this Convention, consideration will be given solely to such intangible cultural heritage as is compatible with existing international human rights instruments, as well as with the requirements of mutual respect among communities, groups and individuals, and of sustainable development.

2. The "intangible cultural heritage", as defined in paragraph 1 above, is manifested inter alia in the following domains:

- (a) oral traditions and expressions, including language as a vehicle of the intangible cultural heritage;
- (b) performing arts;
- (c) social practices, rituals and festive events;
- (d) knowledge and practices concerning nature and the universe;
- (e) traditional craftsmanship.

3. "Safeguarding" means measures aimed at ensuring the viability of the intangible cultural heritage, including the identification, documentation, research, preservation, protection, promotion, enhancement, transmission, particularly through formal and non-formal education, as well as the revitalization of the various aspects of such heritage.

4. "States Parties" means States which are bound by this Convention and among

Article 2 Définitions

Aux fins de la présente Convention,

1. On entend par "patrimoine culturel immatériel" les pratiques, représentations, expressions, connaissances et savoir-faire – ainsi que les instruments, objets, artefacts et espaces culturels qui leur sont associés – que les communautés, les groupes et, le cas échéant, les individus reconnaissent comme faisant partie de leur patrimoine culturel. Ce patrimoine culturel immatériel, transmis de génération en génération, est recréé en permanence par les communautés et groupes en fonction de leur milieu, de leur interaction avec la nature et de leur histoire, et leur procure un sentiment d'identité et de continuité, contribuant ainsi à promouvoir le respect de la diversité culturelle et la créativité humaine. Aux fins de la présente Convention, seul sera pris en considération le patrimoine culturel immatériel conforme aux instruments internationaux existants relatifs aux droits de l'homme, ainsi qu'à l'exigence du respect mutuel entre communautés, groupes et individus, et d'un développement durable.

2. Le "patrimoine culturel immatériel", tel qu'il est défini au paragraphe 1 ci-dessus, se manifeste notamment dans les domaines suivants:

- (a) les traditions et expressions orales, y compris la langue comme vecteur du patrimoine culturel immatériel;
- (b) les arts du spectacle;
- (c) les pratiques sociales, rituels et événements festifs;
- (d) les connaissances et pratiques concernant la nature et l'univers;
- (e) les savoir-faire liés à l'artisanat traditionnel.

3. On entend par "sauvegarde" les mesures visant à assurer la viabilité du patrimoine culturel immatériel, y compris l'identification, la documentation, la recherche, la préservation, la protection, la promotion, la mise en valeur, la transmission, essentiellement par l'éducation formelle et non formelle, ainsi que la revitalisation des différents aspects de ce patrimoine.

4. On entend par "Etats parties" les Etats qui sont liés par la présente Convention

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Übereinkommens gilt Folgendes:

1. Unter „immateriellem Kulturerbe“ sind Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten – sowie die dazugehörigen Instrumente, Objekte, Artefakte und kulturellen Räume – zu verstehen, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen. Dieses immaterielle Kulturerbe, das von einer Generation an die nächste weitergegeben wird, wird von den Gemeinschaften und Gruppen in Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt, in ihrer Interaktion mit der Natur und mit ihrer Geschichte fortwährend neu gestaltet und vermittelt ihnen ein Gefühl von Identität und Kontinuität, wodurch die Achtung vor der kulturellen Vielfalt und der menschlichen Kreativität gefördert wird. Im Sinne dieses Übereinkommens findet nur das immaterielle Kulturerbe Berücksichtigung, das mit den bestehenden internationalen Menschenrechtsübereinkünften sowie mit dem Anspruch gegenseitiger Achtung von Gemeinschaften, Gruppen und Einzelpersonen sowie der nachhaltigen Entwicklung in Einklang steht.

2. Das „immaterielle Kulturerbe“ im Sinne der Nummer 1 wird unter anderem in folgenden Bereichen zum Ausdruck gebracht:

- a) mündlich überlieferte Traditionen und Ausdrucksformen, einschließlich der Sprache als Träger des immateriellen Kulturerbes;
- b) darstellende Künste;
- c) gesellschaftliche Bräuche, Rituale und Feste;
- d) Wissen und Bräuche in Bezug auf die Natur und das Universum;
- e) traditionelle Handwerkstechniken.

3. Unter „Erhaltung“ sind Maßnahmen zur Sicherstellung des Fortbestands des immateriellen Kulturerbes zu verstehen, einschließlich der Ermittlung, der Dokumentation, der Forschung, der Sicherung, des Schutzes, der Förderung, der Aufwertung, der Weitergabe, insbesondere durch schulische und außerschulische Bildung, sowie der Neubelebung der verschiedenen Aspekte dieses Erbes.

4. Unter „Vertragsstaaten“ sind die Staaten zu verstehen, die durch dieses Überein-

which this Convention is in force.

et entre lesquels celle-ci est en vigueur.

kommen gebunden sind und zwischen denen es in Kraft ist.

5. This Convention applies *mutatis mutandis* to the territories referred to in Article 33 which become Parties to this Convention in accordance with the conditions set out in that Article. To that extent the expression "States Parties" also refers to such territories.

5. La présente Convention s'applique *mutatis mutandis* aux territoires visés à l'article 33 qui en deviennent parties, conformément aux conditions précisées dans cet article. Dans cette mesure, l'expression "Etats parties" s'entend également de ces territoires.

5. Dieses Übereinkommen findet sinngemäß Anwendung auf die in Artikel 33 bezeichneten Hoheitsgebiete, die unter den dort genannten Bedingungen Vertragsparteien des Übereinkommens werden. Insoweit bezieht sich der Begriff „Vertragsstaaten“ auch auf diese Hoheitsgebiete.

Article 3

Relationship to other international instruments

Nothing in this Convention may be interpreted as:

- (a) altering the status or diminishing the level of protection under the 1972 Convention concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage of World Heritage properties with which an item of the intangible cultural heritage is directly associated; or
- (b) affecting the rights and obligations of States Parties deriving from any international instrument relating to intellectual property rights or to the use of biological and ecological resources to which they are parties.

Article 3

Relation avec d'autres instruments internationaux

Rien dans la présente Convention ne peut être interprété comme:

- (a) altérant le statut ou diminuant le niveau de protection des biens déclarés du patrimoine mondial dans le cadre de la Convention pour la protection du patrimoine mondial, culturel et naturel de 1972, auxquels un élément du patrimoine culturel immatériel est directement associé; ou
- (b) affectant les droits et obligations des Etats parties découlant de tout instrument international relatif aux droits de la propriété intellectuelle ou à l'usage des ressources biologiques et écologiques auquel ils sont parties.

Artikel 3

Verhältnis zu anderen internationalen Übereinkünften

Dieses Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden,

- a) dass der Status der im Rahmen des Übereinkommens von 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt zum Welterbe erklärten Güter, mit denen ein Element des immateriellen Kulturerbes in einem unmittelbaren Zusammenhang steht, einer Änderung unterzogen oder der Grad des Schutzes dieser Güter verringert wird oder
- b) dass die Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten berührt werden, die sich aus einer internationalen Übereinkunft über die Rechte des geistigen Eigentums oder über die Nutzung der biologischen und ökologischen Ressourcen ergeben, deren Vertragsparteien sie sind.

II. Organs of the Convention

II. Organes de la Convention

II. Organe des Übereinkommens

Article 4

General Assembly of the States Parties

1. A General Assembly of the States Parties is hereby established, hereinafter referred to as "the General Assembly". The General Assembly is the sovereign body of this Convention.

2. The General Assembly shall meet in ordinary session every two years. It may meet in extraordinary session if it so decides or at the request either of the Intergovernmental Committee for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage or of at least one-third of the States Parties.

3. The General Assembly shall adopt its own Rules of Procedure.

Article 4

Assemblée générale des Etats parties

1. Il est établi une Assemblée générale des Etats parties, ci-après dénommée "l'Assemblée générale". L'Assemblée générale est l'organe souverain de la présente Convention.

2. L'Assemblée générale se réunit en session ordinaire tous les deux ans. Elle peut se réunir en session extraordinaire si elle en décide ainsi ou si demande lui en est adressée par le Comité intergouvernemental de sauvegarde du patrimoine culturel immatériel ou par au moins un tiers des Etats parties.

3. L'Assemblée générale adopte son règlement intérieur.

Artikel 4

Generalversammlung der Vertragsstaaten

(1) Hiermit wird eine Generalversammlung der Vertragsstaaten eingerichtet, die im Folgenden als „Generalversammlung“ bezeichnet wird. Die Generalversammlung ist das oberste Organ dieses Übereinkommens.

(2) Die Generalversammlung tritt alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Sie kann zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten, wenn sie dies beschließt oder wenn der Zwischenstaatliche Ausschuss für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes oder mindestens ein Drittel der Vertragsstaaten einen entsprechenden Antrag einbringen.

(3) Die Generalversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Article 5

Intergovernmental Committee for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage

1. An Intergovernmental Committee for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage, hereinafter referred to as "the Committee", is hereby established within UNESCO. It shall be composed of representatives of 18 States Parties, elected by the States Parties meeting in General

Article 5

Comité intergouvernemental de sauvegarde du patrimoine culturel immatériel

1. Il est institué auprès de l'UNESCO un Comité intergouvernemental de sauvegarde du patrimoine culturel immatériel, ci-après dénommé "le Comité". Il est composé de représentants de 18 Etats parties, élus par les Etats parties réunis en Assemblée générale dès que la présente Convention entrera

Artikel 5

Zwischenstaatlicher Ausschuss für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes

(1) Hiermit wird innerhalb der UNESCO ein Zwischenstaatlicher Ausschuss für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes eingerichtet, der im Folgenden als „Ausschuss“ bezeichnet wird. Ihm gehören Vertreter von 18 Vertragsstaaten an; sie werden von den in der Generalversammlung zu-

Assembly, once this Convention enters into force in accordance with Article 34.

2. The number of States Members of the Committee shall be increased to 24 once the number of the States Parties to the Convention reaches 50.

Article 6
Election and terms
of office of States Members
of the Committee

1. The election of States Members of the Committee shall obey the principles of equitable geographical representation and rotation.

2. States Members of the Committee shall be elected for a term of four years by States Parties to the Convention meeting in General Assembly.

3. However, the term of office of half of the States Members of the Committee elected at the first election is limited to two years. These States shall be chosen by lot at the first election.

4. Every two years, the General Assembly shall renew half of the States Members of the Committee.

5. It shall also elect as many States Members of the Committee as required to fill vacancies.

6. A State Member of the Committee may not be elected for two consecutive terms.

7. States Members of the Committee shall choose as their representatives persons who are qualified in the various fields of the intangible cultural heritage.

Article 7
Functions of the Committee

Without prejudice to other prerogatives granted to it by this Convention, the functions of the Committee shall be to:

- (a) promote the objectives of the Convention, and to encourage and monitor the implementation thereof;
- (b) provide guidance on best practices and make recommendations on measures for the safeguarding of the intangible cultural heritage;
- (c) prepare and submit to the General Assembly for approval a draft plan for the use of the resources of the Fund, in accordance with Article 25;
- (d) seek means of increasing its resources, and to take the necessary measures to this end, in accordance with Article 25;
- (e) prepare and submit to the General Assembly for approval operational

en vigueur conformément à l'article 34.

2. Le nombre des Etats membres du Comité sera porté à 24 dès lors que le nombre d'Etats parties à la Convention atteindra 50.

Article 6
Election et mandat
des Etats membres du Comité

1. L'élection des Etats membres du Comité doit répondre aux principes de répartition géographique et de rotation équitables.

2. Les Etats membres du Comité sont élus pour un mandat de quatre ans par les Etats parties à la Convention réunis en Assemblée générale.

3. Toutefois, le mandat de la moitié des Etats membres du Comité élus lors de la première élection est limité à deux ans. Ces Etats sont désignés par un tirage au sort lors de cette première élection.

4. Tous les deux ans, l'Assemblée générale procède au renouvellement de la moitié des Etats membres du Comité.

5. Elle élit également autant d'Etats membres du Comité que nécessaire pour pourvoir les postes vacants.

6. Un Etat membre du Comité ne peut être élu pour deux mandats consécutifs.

7. Les Etats membres du Comité choisissent pour les représenter des personnes qualifiées dans les divers domaines du patrimoine culturel immatériel.

Article 7
Fonctions du Comité

Sans préjudice des autres attributions qui lui sont conférées par la présente Convention, les fonctions du Comité sont les suivantes:

- (a) promouvoir les objectifs de la Convention, encourager et assurer le suivi de sa mise en œuvre;
- (b) donner des conseils sur les meilleures pratiques et formuler des recommandations sur les mesures en faveur de la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel;
- (c) préparer et soumettre à l'approbation de l'Assemblée générale un projet d'utilisation des ressources du Fonds, conformément à l'article 25;
- (d) s'efforcer de trouver les moyens d'augmenter ses ressources et prendre les mesures requises à cette fin, conformément à l'article 25;
- (e) préparer et soumettre à l'approbation de l'Assemblée générale des directives

sammentretenden Vertragsstaaten gewählt, sobald dieses Übereinkommen nach Artikel 34 in Kraft tritt.

(2) Die Zahl der Mitgliedstaaten des Ausschusses wird auf 24 erhöht, sobald die Zahl der Vertragsstaaten des Übereinkommens 50 erreicht.

Artikel 6
Wahl und Amtszeit
der Mitgliedstaaten des Ausschusses

(1) Bei der Wahl der Mitgliedstaaten des Ausschusses werden die Grundsätze der ausgewogenen geographischen Vertretung und der Rotation beachtet.

(2) Die Mitgliedstaaten des Ausschusses werden von den in der Generalversammlung zusammentretenden Vertragsstaaten des Übereinkommens für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.

(3) Die Amtszeit der Hälfte der Mitgliedstaaten des Ausschusses, die bei der ersten Wahl gewählt werden, ist jedoch auf zwei Jahre begrenzt. Diese Staaten werden bei der ersten Wahl durch Los ermittelt.

(4) Alle zwei Jahre wird die Hälfte der Mitgliedstaaten des Ausschusses von der Generalversammlung neu gewählt.

(5) Die Generalversammlung wählt außerdem so viele Mitgliedstaaten des Ausschusses wie nötig, um freie Sitze zu besetzen.

(6) Ein Mitgliedstaat des Ausschusses kann nicht für zwei aufeinander folgende Amtszeiten gewählt werden.

(7) Die Mitgliedstaaten des Ausschusses wählen zu ihren Vertretern Personen aus, die Sachverständige auf den verschiedenen Gebieten des immateriellen Kulturerbes sind.

Artikel 7
Aufgaben des Ausschusses

Unbeschadet sonstiger Befugnisse, die ihm durch dieses Übereinkommen übertragen werden, nimmt der Ausschuss folgende Aufgaben wahr:

- a) Förderung der Ziele des Übereinkommens sowie Unterstützung und Überwachung seiner Durchführung;
- b) Beratung im Hinblick auf beispielhafte Praxis und Abgabe von Empfehlungen für Maßnahmen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes;
- c) Erarbeitung eines Entwurfs für die Verwendung der Mittel des Fonds und Vorlage des Entwurfs zur Genehmigung durch die Generalversammlung nach Artikel 25;
- d) Bemühungen zur Beschaffung zusätzlicher Mittel und Ergreifen der dafür notwendigen Maßnahmen nach Artikel 25;
- e) Erarbeitung von Richtlinien zur Durchführung des Übereinkommens und Vor-

- | | | |
|---|---|--|
| <p>directives for the implementation of this Convention;</p> <p>(f) examine, in accordance with Article 29, the reports submitted by States Parties, and to summarize them for the General Assembly;</p> <p>(g) examine requests submitted by States Parties, and to decide thereon, in accordance with objective selection criteria to be established by the Committee and approved by the General Assembly for:</p> <p>(i) inscription on the lists and proposals mentioned under Articles 16, 17 and 18;</p> <p>(ii) the granting of international assistance in accordance with Article 22.</p> | <p>opérationnelles pour la mise en œuvre de la Convention;</p> <p>(f) examiner, conformément à l'article 29, les rapports des Etats parties, et en faire un résumé à l'intention de l'Assemblée générale;</p> <p>(g) examiner les demandes présentées par les Etats parties et décider, en conformité avec les critères objectifs de sélection établis par lui et approuvés par l'Assemblée générale:</p> <p>(i) des inscriptions sur les listes et des propositions mentionnées aux articles 16, 17 et 18;</p> <p>(ii) de l'octroi de l'assistance internationale conformément à l'article 22.</p> | <p>lage derselben zur Genehmigung durch die Generalversammlung;</p> <p>f) Prüfung der Berichte der Vertragsstaaten nach Artikel 29 und Erstellung einer Zusammenfassung für die Generalversammlung;</p> <p>g) Prüfung der von den Vertragsstaaten eingereichten Anträge und Entscheidung anhand objektiver Auswahlkriterien, die vom Ausschuss festgelegt und von der Generalversammlung genehmigt wurden, über</p> <p>i) die Aufnahme in die Listen und die Vorschläge, die in den Artikeln 16, 17 und 18 erwähnt sind;</p> <p>ii) die Bewilligung internationaler Unterstützung nach Artikel 22.</p> |
|---|---|--|

Article 8**Working methods of the Committee**

1. The Committee shall be answerable to the General Assembly. It shall report to it on all its activities and decisions.

2. The Committee shall adopt its own Rules of Procedure by a two-thirds majority of its Members.

3. The Committee may establish, on a temporary basis, whatever ad hoc consultative bodies it deems necessary to carry out its task.

4. The Committee may invite to its meetings any public or private bodies, as well as private persons, with recognized competence in the various fields of the intangible cultural heritage, in order to consult them on specific matters.

Article 8**Méthodes de travail du Comité**

1. Le Comité est responsable devant l'Assemblée générale. Il lui rend compte de toutes ses activités et décisions.

2. Le Comité adopte son règlement intérieur à la majorité des deux tiers de ses membres.

3. Le Comité peut créer temporairement les organes consultatifs *ad hoc* qu'il estime nécessaires à l'exécution de sa tâche.

4. Le Comité peut inviter à ses réunions tout organisme public ou privé, ainsi que toute personne physique, possédant des compétences avérées dans les différents domaines du patrimoine culturel immatériel, pour les consulter sur toute question particulière.

Artikel 8**Arbeitsweise des Ausschusses**

(1) Der Ausschuss ist der Generalversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig. Es erstattet ihr über alle seine Tätigkeiten und Entscheidungen Bericht.

(2) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, die mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder angenommen wird.

(3) Der Ausschuss kann beratende Ad-hoc-Gremien, die er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben für erforderlich hält, zeitlich befristet einsetzen.

(4) Der Ausschuss kann Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts oder natürliche Personen, die nachgewiesene Sachkenntnis auf den verschiedenen Gebieten des immateriellen Kulturerbes besitzen, zur Beratung spezifischer Fragen zu seinen Sitzungen einladen.

Article 9**Accreditation of advisory organizations**

1. The Committee shall propose to the General Assembly the accreditation of non-governmental organizations with recognized competence in the field of the intangible cultural heritage to act in an advisory capacity to the Committee.

2. The Committee shall also propose to the General Assembly the criteria for and modalities of such accreditation.

Article 9**Accréditation des organisations consultatives**

1. Le Comité propose à l'Assemblée générale l'accréditation d'organisations non gouvernementales possédant des compétences avérées dans le domaine du patrimoine culturel immatériel. Ces organisations auront des fonctions consultatives auprès du Comité.

2. Le Comité propose également à l'Assemblée générale les critères et modalités de cette accréditation.

Artikel 9**Akkreditierung beratender Organisationen**

(1) Der Ausschuss schlägt der Generalversammlung die Akkreditierung von nicht-staatlichen Organisationen vor, die nachgewiesene Sachkenntnis auf dem Gebiet des immateriellen Kulturerbes besitzen. Diese Organisationen üben beratende Funktionen gegenüber dem Ausschuss aus.

(2) Der Ausschuss schlägt der Generalversammlung des Weiteren die Kriterien und Modalitäten für diese Akkreditierung vor.

Article 10**The Secretariat**

1. The Committee shall be assisted by the UNESCO Secretariat.

2. The Secretariat shall prepare the documentation of the General Assembly and of the Committee, as well as the draft agenda of their meetings, and shall ensure the implementation of their decisions.

Article 10**Le Secrétariat**

1. Le Comité est assisté par le Secrétariat de l'UNESCO.

2. Le Secrétariat prépare la documentation de l'Assemblée générale et du Comité, ainsi que le projet d'ordre du jour de leurs réunions et assure l'exécution de leurs décisions.

Artikel 10**Das Sekretariat**

(1) Der Ausschuss wird vom Sekretariat der UNESCO unterstützt.

(2) Das Sekretariat erstellt die Unterlagen für die Generalversammlung und den Ausschuss sowie einen Entwurf der Tagesordnung ihrer Sitzungen und stellt die Umsetzung ihrer Beschlüsse sicher.

III. Safeguarding of the intangible cultural heritage at the national level

Article 11**Role of States Parties**

Each State Party shall:

- (a) take the necessary measures to ensure the safeguarding of the intangible cultural heritage present in its territory;
- (b) among the safeguarding measures referred to in Article 2, paragraph 3, identify and define the various elements of the intangible cultural heritage present in its territory, with the participation of communities, groups and relevant non-governmental organizations.

Article 12**Inventories**

1. To ensure identification with a view to safeguarding, each State Party shall draw up, in a manner geared to its own situation, one or more inventories of the intangible cultural heritage present in its territory. These inventories shall be regularly updated.

2. When each State Party periodically submits its report to the Committee, in accordance with Article 29, it shall provide relevant information on such inventories.

Article 13**Other measures for safeguarding**

To ensure the safeguarding, development and promotion of the intangible cultural heritage present in its territory, each State Party shall endeavour to:

- (a) adopt a general policy aimed at promoting the function of the intangible cultural heritage in society, and at integrating the safeguarding of such heritage into planning programmes;
- (b) designate or establish one or more competent bodies for the safeguarding of the intangible cultural heritage present in its territory;
- (c) foster scientific, technical and artistic studies, as well as research methodologies, with a view to effective safeguarding of the intangible cultural heritage, in particular the intangible cultural heritage in danger;
- (d) adopt appropriate legal, technical, administrative and financial measures aimed at:
 - (i) fostering the creation or strengthening of institutions for training in the management of the intangible cultural heritage and the transmission

III. Sauvegarde du patrimoine culturel immatériel à l'échelle nationale

Article 11**Rôle des Etats parties**

Il appartient à chaque Etat partie:

- (a) de prendre les mesures nécessaires pour assurer la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel présent sur son territoire;
- (b) parmi les mesures de sauvegarde visées à l'article 2, paragraphe 3, d'identifier et de définir les différents éléments du patrimoine culturel immatériel présents sur son territoire, avec la participation des communautés, des groupes et des organisations non gouvernementales pertinentes.

Article 12**Inventaires**

1. Pour assurer l'identification en vue de la sauvegarde, chaque Etat partie dresse, de façon adaptée à sa situation, un ou plusieurs inventaires du patrimoine culturel immatériel présent sur son territoire. Ces inventaires font l'objet d'une mise à jour régulière.

2. Chaque Etat partie, lorsqu'il présente périodiquement son rapport au Comité, conformément à l'article 29, fournit des informations pertinentes concernant ces inventaires.

Article 13**Autres mesures de sauvegarde**

En vue d'assurer la sauvegarde, le développement et la mise en valeur du patrimoine culturel immatériel présent sur son territoire, chaque Etat partie s'efforce:

- (a) d'adopter une politique générale visant à mettre en valeur la fonction du patrimoine culturel immatériel dans la société et à intégrer la sauvegarde de ce patrimoine dans des programmes de planification;
- (b) de désigner ou d'établir un ou plusieurs organismes compétents pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel présent sur son territoire;
- (c) d'encourager des études scientifiques, techniques et artistiques ainsi que des méthodologies de recherche pour une sauvegarde efficace du patrimoine culturel immatériel en danger;
- (d) d'adopter les mesures juridiques, techniques, administratives et financières appropriées visant à:
 - (i) favoriser la création ou le renforcement d'institutions de formation à la gestion du patrimoine culturel immatériel ainsi que la transmission de ce

III. Erhaltung des immateriellen Kulturerbes auf nationaler Ebene

Artikel 11**Rolle der Vertragsstaaten**

Jeder Vertragsstaat hat die Aufgabe,

- a) die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Erhaltung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen immateriellen Kulturerbes zu ergreifen;
- b) als Teil der in Artikel 2 Nummer 3 genannten Erhaltungsmaßnahmen die verschiedenen Elemente des immateriellen Kulturerbes, die sich in seinem Hoheitsgebiet befinden, unter Beteiligung von Gemeinschaften, Gruppen und einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen zu ermitteln und zu beschreiben.

Artikel 12**Verzeichnisse**

(1) Zur Sicherstellung der Ermittlung im Hinblick auf die Erhaltung erstellt jeder Vertragsstaat in einer seiner Situation angemessenen Weise ein oder mehrere Verzeichnisse des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen immateriellen Kulturerbes. Diese Verzeichnisse werden regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht.

(2) Jeder Vertragsstaat, der dem Ausschuss seinen Bericht nach Artikel 29 in regelmäßigen Abständen vorlegt, stellt einschlägige Informationen über diese Verzeichnisse zur Verfügung.

Artikel 13**Sonstige Maßnahmen zur Erhaltung**

Zur Sicherstellung der Erhaltung, Entwicklung und Förderung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen immateriellen Kulturerbes bemüht sich jeder Vertragsstaat,

- a) eine allgemeine Politik zu verfolgen, die darauf gerichtet ist, die Funktion des immateriellen Kulturerbes in der Gesellschaft aufzuwerten und die Erhaltung dieses Erbes in Programmplanungen einzubeziehen;
- b) eine oder mehrere Fachstellen zu benennen oder einzurichten, die für die Erhaltung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen immateriellen Kulturerbes zuständig sind;
- c) wissenschaftliche, technische und künstlerische Studien sowie Forschungsmethodologien im Hinblick auf die wirksame Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, insbesondere des gefährdeten immateriellen Kulturerbes, zu fördern;
- d) geeignete rechtliche, technische, administrative und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind,
 - i) den Auf- oder Ausbau von Ausbildungseinrichtungen für die Verwaltung des immateriellen Kulturerbes zu fördern sowie die Weitergabe

of such heritage through forums and spaces intended for the performance or expression thereof;

- (ii) ensuring access to the intangible cultural heritage while respecting customary practices governing access to specific aspects of such heritage;
- (iii) establishing documentation institutions for the intangible cultural heritage and facilitating access to them.

patrimoine à travers les forums et espaces destinés à sa représentation et à son expression;

- (ii) garantir l'accès au patrimoine culturel immatériel tout en respectant les pratiques coutumières qui régissent l'accès à des aspects spécifiques de ce patrimoine;
- (iii) établir des institutions de documentation sur le patrimoine culturel immatériel et à en faciliter l'accès.

dieses Erbes im Rahmen von Foren und Örtlichkeiten, die dazu bestimmt sind, dieses Erbe darzustellen und zum Ausdruck zu bringen;

- ii) den Zugang zum immateriellen Kulturerbe zu gewährleisten, gleichzeitig aber die herkömmliche Praxis zu achten, die für den Zugang zu besonderen Aspekten dieses Erbes gilt;
- iii) Dokumentationsstellen für das immaterielle Kulturerbe einzurichten und den Zugang zu diesen zu erleichtern.

Article 14

Education, awareness-raising and capacity-building

Each State Party shall endeavour, by all appropriate means, to:

- (a) ensure recognition of, respect for, and enhancement of the intangible cultural heritage in society, in particular through:
 - (i) educational, awareness-raising and information programmes, aimed at the general public, in particular young people;
 - (ii) specific educational and training programmes within the communities and groups concerned;
 - (iii) capacity-building activities for the safeguarding of the intangible cultural heritage, in particular management and scientific research; and
 - (iv) non-formal means of transmitting knowledge;
- (b) keep the public informed of the dangers threatening such heritage, and of the activities carried out in pursuance of this Convention;
- (c) promote education for the protection of natural spaces and places of memory whose existence is necessary for expressing the intangible cultural heritage.

Article 15

Participation of communities, groups and individuals

Within the framework of its safeguarding activities of the intangible cultural heritage, each State Party shall endeavour to ensure the widest possible participation of communities, groups and, where appropriate, individuals that create, maintain and transmit such heritage, and to involve them actively in its management.

Article 14

Education, sensibilisation et renforcement des capacités

Chaque Etat partie s'efforce, par tous moyens appropriés:

- (a) d'assurer la reconnaissance, le respect et la mise en valeur du patrimoine culturel immatériel dans la société, en particulier grâce à:
 - (i) des programmes éducatifs, de sensibilisation et de diffusion d'informations à l'intention du public, notamment des jeunes;
 - (ii) des programmes éducatifs et de formation spécifiques au sein des communautés et des groupes concernés;
 - (iii) des activités de renforcement des capacités en matière de sauvegarde du patrimoine culturel immatériel et en particulier de gestion et de recherche scientifique; et
 - (iv) des moyens non formels de transmission des savoirs;
- (b) de maintenir le public informé des menaces qui pèsent sur ce patrimoine ainsi que des activités menées en application de la présente Convention;
- (c) de promouvoir l'éducation à la protection des espaces naturels et des lieux de mémoire dont l'existence est nécessaire à l'expression du patrimoine culturel immatériel.

Article 15

Participation des communautés, groupes et individus

Dans le cadre de ses activités de sauvegarde du patrimoine culturel immatériel, chaque Etat partie s'efforce d'assurer la plus large participation possible des communautés, des groupes et, le cas échéant, des individus qui créent, entretiennent et transmettent ce patrimoine, et de les impliquer activement dans sa gestion.

Artikel 14

Bildung und Erziehung, Bewusstseinsförderung und Aufbau von Kapazitäten

Jeder Vertragsstaat bemüht sich unter Einsatz aller geeigneten Mittel,

- a) die Anerkennung, die Achtung und die Aufwertung des immateriellen Kulturerbes in der Gesellschaft sicherzustellen, insbesondere mit Hilfe von
 - i) Bildungs-, Bewusstseinsförderungs- und Informationsprogrammen für die breite Öffentlichkeit, insbesondere für junge Menschen;
 - ii) speziellen Bildungs- und Ausbildungsprogrammen in den jeweiligen Gemeinschaften und Gruppen;
 - iii) Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, insbesondere in Verwaltung und wissenschaftlicher Forschung, und
 - iv) informellen Formen der Wissensvermittlung;
- b) die Öffentlichkeit laufend über die Gefahren zu unterrichten, die dieses Erbe bedrohen, sowie über die Tätigkeiten, die in Anwendung dieses Übereinkommens durchgeführt werden;
- c) die Erziehung zum Schutz von Naturräumen und Gedenkort zu fördern, deren Bestehen erforderlich ist, um immaterielles Kulturerbe zum Ausdruck zu bringen.

Artikel 15

Beteiligung von Gemeinschaften, Gruppen und Einzelpersonen

Im Rahmen seiner Tätigkeiten zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes bemüht sich jeder Vertragsstaat um eine möglichst weit reichende Beteiligung von Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen, die dieses Erbe schaffen, pflegen und weitergeben, und um ihre aktive Einbeziehung in die Verwaltung des Kulturerbes.

IV. Safeguarding
of the intangible cultural heritage
at the international level

Article 16

**Representative List
of the Intangible Cultural Heritage
of Humanity**

1. In order to ensure better visibility of the intangible cultural heritage and awareness of its significance, and to encourage dialogue which respects cultural diversity, the Committee, upon the proposal of the States Parties concerned, shall establish, keep up to date and publish a Representative List of the Intangible Cultural Heritage of Humanity.

2. The Committee shall draw up and submit to the General Assembly for approval the criteria for the establishment, updating and publication of this Representative List.

Article 17

**List
of Intangible Cultural Heritage
in Need of Urgent Safeguarding**

1. With a view to taking appropriate safeguarding measures, the Committee shall establish, keep up to date and publish a List of Intangible Cultural Heritage in Need of Urgent Safeguarding, and shall inscribe such heritage on the List at the request of the State Party concerned.

2. The Committee shall draw up and submit to the General Assembly for approval the criteria for the establishment, updating and publication of this List.

3. In cases of extreme urgency – the objective criteria of which shall be approved by the General Assembly upon the proposal of the Committee – the Committee may inscribe an item of the heritage concerned on the List mentioned in paragraph 1, in consultation with the State Party concerned.

Article 18

**Programmes,
projects and activities for
the safeguarding of
the intangible cultural heritage**

1. On the basis of proposals submitted by States Parties, and in accordance with criteria to be defined by the Committee and approved by the General Assembly, the Committee shall periodically select and promote national, subregional and regional programmes, projects and activities for the safeguarding of the heritage which it considers best reflect the principles and objectives of this Convention, taking into account the special needs of developing countries.

2. To this end, it shall receive, examine and approve requests for international

IV. Sauvegarde
du patrimoine culturel immatériel
à l'échelle internationale

Article 16

**Liste représentative
du patrimoine culturel immatériel
de l'humanité**

1. Pour assurer une meilleure visibilité du patrimoine culturel immatériel, faire prendre davantage conscience de son importance et favoriser le dialogue dans le respect de la diversité culturelle, le Comité, sur proposition des Etats parties concernés, établit, tient à jour et publie une liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité.

2. Le Comité élabore et soumet à l'approbation de l'Assemblée générale les critères présidant à l'établissement, à la mise à jour et à la publication de cette liste représentative.

Article 17

**Liste
du patrimoine culturel immatériel
nécessitant une sauvegarde urgente**

1. En vue de prendre les mesures de sauvegarde appropriées, le Comité établit, tient à jour et publie une liste du patrimoine culturel immatériel nécessitant une sauvegarde urgente, et inscrit ce patrimoine sur la Liste à la demande de l'Etat partie concerné.

2. Le Comité élabore et soumet à l'approbation de l'Assemblée générale les critères présidant à l'établissement, à la mise à jour et à la publication de cette liste.

3. Dans des cas d'extrême urgence – dont les critères objectifs sont approuvés par l'Assemblée générale sur proposition du Comité – celui-ci peut inscrire un élément du patrimoine concerné sur la Liste mentionnée au paragraphe 1 en consultation avec l'Etat partie concerné.

Article 18

**Programmes,
projets et activités de sauvegarde
du patrimoine culturel immatériel**

1. Sur la base des propositions présentées par les Etats parties, et conformément aux critères qu'il définit et qui sont approuvés par l'Assemblée générale, le Comité sélectionne périodiquement et fait la promotion des programmes, projets et activités de caractère national, sous-régional ou régional de sauvegarde du patrimoine qu'il estime refléter le mieux les principes et objectifs de la présente Convention, en tenant compte des besoins particuliers des pays en développement.

2. A cette fin, il reçoit, examine et approuve les demandes d'assistance interna-

IV. Erhaltung
des immateriellen Kulturerbes
auf internationaler Ebene

Artikel 16

**Repräsentative Liste
des immateriellen Kulturerbes
der Menschheit**

(1) Um eine bessere Sichtbarkeit des immateriellen Kulturerbes sicherzustellen, das Bewusstsein für seine Bedeutung zu stärken und den Dialog bei gleichzeitiger Achtung der kulturellen Vielfalt zu fördern, erstellt der Ausschuss auf Vorschlag der jeweiligen Vertragsstaaten eine Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit, hält sie auf dem neuesten Stand und veröffentlicht sie.

(2) Der Ausschuss erarbeitet die Kriterien für die Erstellung, Aktualisierung und Veröffentlichung dieser Repräsentativen Liste und legt sie der Generalversammlung zur Genehmigung vor.

Artikel 17

**Liste
des dringend erhaltungsbedürftigen
immateriellen Kulturerbes**

(1) Um geeignete Maßnahmen zur Erhaltung ergreifen zu können, erstellt der Ausschuss eine Liste des dringend erhaltungsbedürftigen immateriellen Kulturerbes, hält sie auf dem neuesten Stand, veröffentlicht sie und nimmt dieses Erbe auf Antrag des jeweiligen Vertragsstaats in die Liste auf.

(2) Der Ausschuss erarbeitet die Kriterien für die Erstellung, Aktualisierung und Veröffentlichung dieser Liste und legt sie der Generalversammlung zur Genehmigung vor.

(3) In Fällen höchster Dringlichkeit – die objektiven Kriterien dafür werden auf Vorschlag des Ausschusses von der Generalversammlung genehmigt – kann der Ausschuss in Absprache mit dem jeweiligen Vertragsstaat ein Element des betreffenden Erbes in die in Absatz 1 genannte Liste aufnehmen.

Artikel 18

**Programme,
Projekte und Tätigkeiten zur
Erhaltung des immateriellen Kulturerbes**

(1) Auf der Grundlage der von den Vertragsstaaten vorgelegten Vorschläge und anhand der Kriterien, die vom Ausschuss festgelegt und von der Generalversammlung genehmigt werden, wählt der Ausschuss in regelmäßigen Abständen nationale, subregionale oder regionale Programme, Projekte und Tätigkeiten zur Erhaltung des Erbes aus, die seiner Meinung nach den Grundsätzen und Zielen des Übereinkommens am besten entsprechen, wobei er die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt.

(2) Zu diesem Zweck nimmt der Ausschuss die von den Vertragsstaaten gestell-

assistance from States Parties for the preparation of such proposals.

3. The Committee shall accompany the implementation of such projects, programmes and activities by disseminating best practices using means to be determined by it.

V. International cooperation and assistance

Article 19 Cooperation

1. For the purposes of this Convention, international cooperation includes, inter alia, the exchange of information and experience, joint initiatives, and the establishment of a mechanism of assistance to States Parties in their efforts to safeguard the intangible cultural heritage.

2. Without prejudice to the provisions of their national legislation and customary law and practices, the States Parties recognize that the safeguarding of intangible cultural heritage is of general interest to humanity, and to that end undertake to cooperate at the bilateral, subregional, regional and international levels.

Article 20 Purposes of international assistance

International assistance may be granted for the following purposes:

- (a) the safeguarding of the heritage inscribed on the List of Intangible Cultural Heritage in Need of Urgent Safeguarding;
- (b) the preparation of inventories in the sense of Articles 11 and 12;
- (c) support for programmes, projects and activities carried out at the national, subregional and regional levels aimed at the safeguarding of the intangible cultural heritage;
- (d) any other purpose the Committee may deem necessary.

Article 21 Forms of international assistance

The assistance granted by the Committee to a State Party shall be governed by the operational directives foreseen in Article 7 and by the agreement referred to in Article 24, and may take the following forms:

- (a) studies concerning various aspects of safeguarding;
- (b) the provision of experts and practitioners;
- (c) the training of all necessary staff;

tionale formulées par les Etats parties pour l'élaboration de ces propositions.

3. Le Comité accompagne la mise en œuvre desdits programmes, projets et activités par la diffusion des meilleures pratiques selon les modalités qu'il aura déterminées.

V. Coopération et assistance internationales

Article 19 Coopération

1. Aux fins de la présente Convention, la coopération internationale comprend en particulier l'échange d'informations et d'expériences, des initiatives communes ainsi que la mise en place d'un mécanisme d'assistance aux Etats parties dans leurs efforts pour sauvegarder le patrimoine culturel immatériel.

2. Sans préjudice des dispositions de leur législation nationale et de leurs droit et pratiques coutumiers, les Etats parties reconnaissent que la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel est dans l'intérêt général de l'humanité et s'engageant, à cette fin, à coopérer aux niveaux bilatéral, sous-régional, régional et international.

Article 20 Objectifs de l'assistance internationale

L'assistance internationale peut être accordée pour les objectifs suivants:

- (a) la sauvegarde du patrimoine inscrit sur la Liste du patrimoine culturel immatériel nécessitant une sauvegarde urgente;
- (b) la préparation d'inventaires au sens des articles 11 et 12;
- (c) l'appui à des programmes, projets et activités conduits aux niveaux national, sous-régional et régional, visant à la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel;
- (d) tout autre objectif que le Comité jugerait nécessaire.

Article 21 Formes de l'assistance internationale

L'assistance accordée par le Comité à un Etat partie est régie par les directives opérationnelles prévues à l'article 7 et par l'accord visé à l'article 24, et peut prendre les formes suivantes:

- (a) des études concernant les différents aspects de la sauvegarde;
- (b) la mise à disposition d'experts et de praticiens;
- (c) la formation de tous personnels nécessaires;

ten Anträge auf internationale Unterstützung für die Erarbeitung dieser Vorschläge entgegen, prüft und genehmigt sie.

(3) Der Ausschuss begleitet die Umsetzung dieser Programme, Projekte und Tätigkeiten durch die Verbreitung von beispielhafter Praxis nach den von ihm festgelegten Modalitäten.

V. Internationale Zusammenarbeit und Unterstützung

Artikel 19 Zusammenarbeit

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens umfasst internationale Zusammenarbeit unter anderem Informations- und Erfahrungsaustausch, gemeinsame Initiativen sowie die Einführung eines Mechanismus zur Unterstützung der Vertragsstaaten bei ihren Bemühungen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes.

(2) Unbeschadet ihres innerstaatlichen Rechts, ihres Gewohnheitsrechts und ihrer herkömmlichen Praxis anerkennen die Vertragsstaaten, dass die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes im allgemeinen Interesse der Menschheit liegt, und verpflichten sich daher zur Zusammenarbeit auf zweiseitiger, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene.

Artikel 20 Ziele der internationalen Unterstützung

Internationale Unterstützung kann für folgende Ziele gewährt werden:

- a) Erhaltung des Erbes, das in die Liste des dringend erhaltungsbedürftigen immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurde;
- b) Erstellung von Verzeichnissen im Sinne der Artikel 11 und 12;
- c) Unterstützung von Programmen, Projekten und Tätigkeiten, die auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes durchgeführt werden;
- d) jedes andere Ziel, das der Ausschuss für notwendig erachtet.

Artikel 21 Formen der internationalen Unterstützung

Die Unterstützung, die der Ausschuss einem Vertragsstaat zuerkennt, unterliegt den in Artikel 7 vorgesehenen Richtlinien sowie der in Artikel 24 genannten Vereinbarung und kann wie folgt gewährt werden:

- a) Studien zu verschiedenen Aspekten der Erhaltung;
- b) Bereitstellung von Experten aus Theorie und Praxis;
- c) Ausbildung des benötigten Personals jedweder Art;

- | | | |
|--|--|---|
| (d) the elaboration of standard-setting and other measures; | (d) l'élaboration de mesures normatives ou autres; | d) Erarbeitung von richtungsweisenden oder sonstigen Maßnahmen; |
| (e) the creation and operation of infrastructures; | (e) la création et l'exploitation d'infrastructures; | e) Schaffung und Unterhalt von Infrastrukturen; |
| (f) the supply of equipment and know-how; | (f) la fourniture d'équipement et de savoir-faire; | f) Bereitstellung von Ausrüstungsgegenständen und Fachwissen; |
| (g) other forms of financial and technical assistance, including, where appropriate, the granting of low-interest loans and donations. | (g) d'autres formes d'assistance financière et technique y compris, le cas échéant, l'octroi de prêts à faible intérêt et de dons. | g) sonstige Formen der finanziellen und technischen Unterstützung, gegebenenfalls auch die Vergabe von niedrig verzinsten Darlehen und von Zuwendungen. |

Article 22**Conditions governing international assistance**

1. The Committee shall establish the procedure for examining requests for international assistance, and shall specify what information shall be included in the requests, such as the measures envisaged and the interventions required, together with an assessment of their cost.

2. In emergencies, requests for assistance shall be examined by the Committee as a matter of priority.

3. In order to reach a decision, the Committee shall undertake such studies and consultations as it deems necessary.

Article 22**Conditions de l'assistance internationale**

1. Le Comité établit la procédure d'examen des demandes d'assistance internationale et précise les éléments de la demande tels que les mesures envisagées, les interventions nécessaires et l'évaluation de leur coût.

2. En cas d'urgence, la demande d'assistance doit être examinée en priorité par le Comité.

3. Afin de prendre une décision, le Comité procède aux études et consultations qu'il juge nécessaires.

Artikel 22**Voraussetzungen für internationale Unterstützung**

(1) Der Ausschuss legt das Prüfungsverfahren für die Anträge auf internationale Unterstützung fest und bestimmt die im Antrag vorzulegenden Angaben, darunter die geplanten Maßnahmen, die dafür erforderlichen Schritte sowie deren voraussichtliche Kosten.

(2) In dringenden Fällen ist der Antrag auf Unterstützung vom Ausschuss vorrangig zu prüfen.

(3) Um einen Beschluss zu fassen, führt der Ausschuss die Studien und Konsultationen durch, die er für erforderlich hält.

Article 23**Requests for international assistance**

1. Each State Party may submit to the Committee a request for international assistance for the safeguarding of the intangible cultural heritage present in its territory.

2. Such a request may also be jointly submitted by two or more States Parties.

3. The request shall include the information stipulated in Article 22, paragraph 1, together with the necessary documentation.

Article 23**Demandes d'assistance internationale**

1. Chaque Etat partie peut présenter au Comité une demande d'assistance internationale pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel présent sur son territoire.

2. Une telle demande peut aussi être présentée conjointement par deux ou plusieurs Etats parties.

3. La demande doit comporter les éléments d'information prévus à l'article 22, paragraphe 1, et les documents nécessaires.

Artikel 23**Anträge auf internationale Unterstützung**

(1) Jeder Vertragsstaat kann beim Ausschuss einen Antrag auf internationale Unterstützung für die Erhaltung des in seinem Hoheitsgebiet befindlichen immateriellen Kulturerbes stellen.

(2) Ein solcher Antrag kann auch von zwei oder mehr Vertragsstaaten gemeinsam gestellt werden.

(3) Der Antrag hat die in Artikel 22 Absatz 1 bezeichneten Angaben und die erforderlichen Unterlagen zu enthalten.

Article 24**Role of beneficiary States Parties**

1. In conformity with the provisions of this Convention, the international assistance granted shall be regulated by means of an agreement between the beneficiary State Party and the Committee.

2. As a general rule, the beneficiary State Party shall, within the limits of its resources, share the cost of the safeguarding measures for which international assistance is provided.

3. The beneficiary State Party shall submit to the Committee a report on the use made of the assistance provided for the safeguarding of the intangible cultural heritage.

Article 24**Rôle des Etats parties bénéficiaires**

1. En conformité avec les dispositions de la présente Convention, l'assistance internationale attribuée est régie par un accord entre l'Etat partie bénéficiaire et le Comité.

2. En règle générale, l'Etat partie bénéficiaire doit participer, dans la mesure de ses moyens, au coût des mesures de sauvegarde pour lesquelles une assistance internationale est fournie.

3. L'Etat partie bénéficiaire remet au Comité un rapport sur l'utilisation de l'assistance accordée en faveur de la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel.

Artikel 24**Rolle der begünstigten Vertragsstaaten**

(1) Im Einklang mit diesem Übereinkommen wird die bewilligte internationale Unterstützung durch eine Vereinbarung zwischen dem begünstigten Vertragsstaat und dem Ausschuss geregelt.

(2) In der Regel beteiligt sich der begünstigte Vertragsstaat im Rahmen seiner Möglichkeiten an den Kosten der Maßnahmen zur Erhaltung, für die internationale Unterstützung geleistet wird.

(3) Der begünstigte Vertragsstaat legt dem Ausschuss einen Bericht über die Verwendung der für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes gewährten Unterstützung vor.

VI. Intangible
Cultural Heritage Fund

Article 25

Nature and resources of the Fund

1. A "Fund for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage", hereinafter referred to as "the Fund", is hereby established.

2. The Fund shall consist of funds-in-trust established in accordance with the Financial Regulations of UNESCO.

3. The resources of the Fund shall consist of:

- (a) contributions made by States Parties;
- (b) funds appropriated for this purpose by the General Conference of UNESCO;
- (c) contributions, gifts or bequests which may be made by:
 - (i) other States;
 - (ii) organizations and programmes of the United Nations system, particularly the United Nations Development Programme, as well as other international organizations;
 - (iii) public or private bodies or individuals;
- (d) any interest due on the resources of the Fund;
- (e) funds raised through collections, and receipts from events organized for the benefit of the Fund;
- (f) any other resources authorized by the Fund's regulations, to be drawn up by the Committee.

4. The use of resources by the Committee shall be decided on the basis of guidelines laid down by the General Assembly.

5. The Committee may accept contributions and other forms of assistance for general and specific purposes relating to specific projects, provided that those projects have been approved by the Committee.

6. No political, economic or other conditions which are incompatible with the objectives of this Convention may be attached to contributions made to the Fund.

Article 26
Contributions
of States Parties to the Fund

1. Without prejudice to any supplementary voluntary contribution, the States Parties to this Convention undertake to pay into the Fund, at least every two years, a contribution, the amount of which, in the form of a uniform percentage applicable to all States, shall be determined by the

VI. Fonds
du patrimoine culturel immatériel

Article 25

Nature et ressources du Fonds

1. Il est créé un "Fonds pour la sauvegarde du patrimoine culturel immatériel", ci-après dénommé "le Fonds".

2. Le Fonds est constitué en fonds-en-dépôt conformément aux dispositions du Règlement financier de l'UNESCO.

3. Les ressources du Fonds sont constituées par:

- (a) les contributions des Etats parties;
- (b) les fonds alloués à cette fin par la Conférence générale de l'UNESCO;
- (c) les versements, dons ou legs que pourront faire:
 - (i) d'autres Etats;
 - (ii) les organisations et programmes du système des Nations Unies, notamment le Programme des Nations Unies pour le développement, ainsi que d'autres organisations internationales;
 - (iii) des organismes publics ou privés ou des personnes privées;
- (d) tout intérêt dû sur les ressources du Fonds;
- (e) le produit des collectes et les recettes des manifestations organisées au profit du Fonds;
- (f) toutes autres ressources autorisées par le règlement du Fonds que le Comité élabore.

4. L'utilisation des ressources par le Comité est décidée sur la base des orientations de l'Assemblée générale.

5. Le Comité peut accepter des contributions et autres formes d'assistance fournies à des fins générales ou spécifiques se rapportant à des projets déterminés, pourvu que ces projets soient approuvés par le Comité.

6. Les contributions au Fonds ne peuvent être assorties d'aucune condition politique, économique ou autre qui soit incompatible avec les objectifs recherchés par la présente Convention.

Article 26
Contributions
des Etats parties au Fonds

1. Sans préjudice de toute contribution volontaire supplémentaire, les Etats parties à la présente Convention s'engagent à verser au Fonds, au moins tous les deux ans, une contribution dont le montant, calculé selon un pourcentage uniforme applicable à tous les Etats, sera décidé par l'Assem-

VI. Fonds
für das immaterielle Kulturerbe

Artikel 25

Art und Mittel des Fonds

(1) Hiermit wird ein „Fonds für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes“ eingerichtet, der im Folgenden als „Fonds“ bezeichnet wird.

(2) Der Fonds besteht aus einem im Sinne der Finanzordnung der UNESCO errichteten Treuhandvermögen.

(3) Die Mittel des Fonds bestehen aus

- a) den Beiträgen der Vertragsstaaten;
- b) den zu diesem Zweck von der Generalkonferenz der UNESCO zugewendeten Mitteln;
- c) Zahlungen, Spenden oder Vermächtnissen, die von
 - i) anderen Staaten,
 - ii) den Organisationen und Programmen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, sowie sonstigen internationalen Organisationen,
 - iii) Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts oder Einzelpersonen
 eingebracht werden können;
- d) den für die Mittel des Fonds anfallenden Zinsen;
- e) Mitteln, die durch Sammlungen und Einnahmen aus Veranstaltungen zu Gunsten des Fonds aufgebracht werden;
- f) allen sonstigen Mitteln, die nach den vom Ausschuss für den Fonds aufzustellenden Vorschriften zulässig sind.

(4) Über die Verwendung der Mittel durch den Ausschuss wird auf der Grundlage der Leitlinien der Generalversammlung entschieden.

(5) Der Ausschuss kann Beiträge und andere Formen der Unterstützung für allgemeine oder bestimmte Zwecke im Zusammenhang mit bestimmten Projekten entgegennehmen, sofern diese Projekte vom Ausschuss genehmigt worden sind.

(6) An die dem Fonds geleisteten Beiträge dürfen keine politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Bedingungen, die mit den Zielen dieses Übereinkommens unvereinbar sind, geknüpft werden.

Artikel 26
Beiträge
der Vertragsstaaten an den Fonds

(1) Unbeschadet etwaiger zusätzlicher freiwilliger Beiträge verpflichten sich die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, mindestens alle zwei Jahre einen Beitrag an den Fonds zu zahlen, dessen Höhe nach einem einheitlichen, für alle Staaten geltenden Schlüssel errechnet und von der Gene-

General Assembly. This decision of the General Assembly shall be taken by a majority of the States Parties present and voting which have not made the declaration referred to in paragraph 2 of this Article. In no case shall the contribution of the State Party exceed 1% of its contribution to the regular budget of UNESCO.

2. However, each State referred to in Article 32 or in Article 33 of this Convention may declare, at the time of the deposit of its instruments of ratification, acceptance, approval or accession, that it shall not be bound by the provisions of paragraph 1 of this Article.

3. A State Party to this Convention which has made the declaration referred to in paragraph 2 of this Article shall endeavour to withdraw the said declaration by notifying the Director-General of UNESCO. However, the withdrawal of the declaration shall not take effect in regard to the contribution due by the State until the date on which the subsequent session of the General Assembly opens.

4. In order to enable the Committee to plan its operations effectively, the contributions of States Parties to this Convention which have made the declaration referred to in paragraph 2 of this Article shall be paid on a regular basis, at least every two years, and should be as close as possible to the contributions they would have owed if they had been bound by the provisions of paragraph 1 of this Article.

5. Any State Party to this Convention which is in arrears with the payment of its compulsory or voluntary contribution for the current year and the calendar year immediately preceding it shall not be eligible as a Member of the Committee; this provision shall not apply to the first election. The term of office of any such State which is already a Member of the Committee shall come to an end at the time of the elections provided for in Article 6 of this Convention.

Article 27

Voluntary supplementary contributions to the Fund

States Parties wishing to provide voluntary contributions in addition to those foreseen under Article 26 shall inform the Committee, as soon as possible, so as to enable it to plan its operations accordingly.

Article 28

International fund-raising campaigns

The States Parties shall, insofar as is possible, lend their support to international fund-raising campaigns organized for the benefit of the Fund under the auspices of UNESCO.

blée générale. Cette décision de l'Assemblée générale sera prise à la majorité des Etats parties présents et votants qui n'ont pas fait la déclaration visée au paragraphe 2 du présent article. En aucun cas, cette contribution ne pourra dépasser 1 % de la contribution de l'Etat partie au budget ordinaire de l'UNESCO.

2. Toutefois, tout Etat visé à l'article 32 ou à l'article 33 de la présente Convention peut, au moment du dépôt de ses instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déclarer qu'il ne sera pas lié par les dispositions du paragraphe 1 du présent article.

3. Un Etat partie à la présente Convention ayant fait la déclaration visée au paragraphe 2 du présent article s'efforcera de retirer ladite déclaration moyennant notification au Directeur général de l'UNESCO. Toutefois, le retrait de la déclaration n'aura d'effet sur la contribution due par cet Etat qu'à partir de la date d'ouverture de la session suivante de l'Assemblée générale.

4. Afin que le Comité soit en mesure de prévoir ses opérations d'une manière efficace, les contributions des Etats parties à la présente Convention qui ont fait la déclaration visée au paragraphe 2 du présent article, doivent être versées sur une base régulière, au moins tous les deux ans, et devraient se rapprocher le plus possible des contributions qu'ils auraient dû verser s'ils avaient été liés par les dispositions du paragraphe 1 du présent article.

5. Tout Etat partie à la présente Convention, en retard dans le paiement de sa contribution obligatoire ou volontaire au titre de l'année en cours et de l'année civile qui l'a immédiatement précédée, n'est pas éligible au Comité, cette disposition ne s'appliquant pas lors de la première élection. Le mandat d'un tel Etat qui est déjà membre du Comité prendra fin au moment de toute élection prévue à l'article 6 de la présente Convention.

Article 27

Contributions volontaires supplémentaires au Fonds

Les Etats parties désireux de verser des contributions volontaires en sus de celles prévues à l'article 26 en informent le Comité aussitôt que possible afin de lui permettre de planifier ses activités en conséquence.

Article 28

Campagnes internationales de collecte de fonds

Les Etats parties prêtent, dans la mesure du possible, leur concours aux campagnes internationales de collecte organisées au profit du Fonds sous les auspices de l'UNESCO.

ralversammlung beschlossen wird. Dieser Beschluss der Generalversammlung bedarf der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten, die die in Absatz 2 genannte Erklärung nicht abgegeben haben. Der Beitrag darf auf keinen Fall 1 % des Beitrags des Vertragsstaats zum ordentlichen Haushalt der UNESCO überschreiten.

(2) Ein in Artikel 32 oder 33 genannter Staat kann jedoch bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, dass er durch Absatz 1 nicht gebunden ist.

(3) Ein Vertragsstaat des Übereinkommens, der die in Absatz 2 genannte Erklärung abgegeben hat, bemüht sich, diese Erklärung durch eine an den Generaldirektor der UNESCO gerichtete Notifikation zurückzunehmen. Die Rücknahme der Erklärung wird jedoch in Bezug auf den Beitrag des jeweiligen Staates erst mit dem Zeitpunkt der Eröffnung der folgenden Tagung der Generalversammlung wirksam.

(4) Um dem Ausschuss die wirksame Planung seiner Tätigkeit zu ermöglichen, werden die Beiträge derjenigen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, die die in Absatz 2 genannte Erklärung abgegeben haben, regelmäßig, mindestens jedoch alle zwei Jahre, entrichtet; sie sollen so weit wie möglich den Beiträgen entsprechen, die sie zu zahlen hätten, wenn sie durch Absatz 1 gebunden wären.

(5) Ein Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der mit der Zahlung seiner Pflichtbeiträge oder seiner freiwilligen Beiträge für das laufende Jahr und das unmittelbar vorhergegangene Kalenderjahr im Rückstand ist, kann nicht Mitglied des Ausschusses werden; dies gilt nicht für die erste Wahl. Die Amtszeit eines solchen Staates, der bereits Mitglied des Ausschusses ist, endet zum Zeitpunkt der in Artikel 6 vorgesehenen Wahl.

Artikel 27

Zusätzliche freiwillige Beiträge an den Fonds

Die Vertragsstaaten, die zusätzlich zu den in Artikel 26 vorgesehenen Beiträgen freiwillige Beiträge zahlen möchten, unterrichten den Ausschuss so bald wie möglich, damit er seine Tätigkeiten entsprechend planen kann.

Artikel 28

Internationale Kampagnen zur Sammlung von Spenden

Die Vertragsstaaten unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die unter der Schirmherrschaft der UNESCO zu Gunsten des Fonds durchgeführten internationalen Kampagnen zur Sammlung von Spenden.

VII. Reports

Article 29**Reports by the States Parties**

The States Parties shall submit to the Committee, observing the forms and periodicity to be defined by the Committee, reports on the legislative, regulatory and other measures taken for the implementation of this Convention.

Article 30**Reports by the Committee**

1. On the basis of its activities and the reports by States Parties referred to in Article 29, the Committee shall submit a report to the General Assembly at each of its sessions.

2. The report shall be brought to the attention of the General Conference of UNESCO.

VIII. Transitional clause

Article 31**Relationship to the Proclamation of Masterpieces of the Oral and Intangible Heritage of Humanity**

1. The Committee shall incorporate in the Representative List of the Intangible Cultural Heritage of Humanity the items proclaimed "Masterpieces of the Oral and Intangible Heritage of Humanity" before the entry into force of this Convention.

2. The incorporation of these items in the Representative List of the Intangible Cultural Heritage of Humanity shall in no way prejudice the criteria for future inscriptions decided upon in accordance with Article 16, paragraph 2.

3. No further Proclamation will be made after the entry into force of this Convention.

IX. Final clauses

Article 32**Ratification, acceptance or approval**

1. This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by States Members of UNESCO in accordance with their respective constitutional procedures.

2. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Director-General of UNESCO.

Article 33**Accession**

1. This Convention shall be open to accession by all States not Members of

VII. Rapports

Article 29**Rapports des Etats parties**

Les Etats parties présentent au Comité, dans les formes et selon la périodicité prescrites par ce dernier, des rapports sur les dispositions législatives, réglementaires ou autres prises pour la mise en œuvre de la présente Convention.

Article 30**Rapports du Comité**

1. Sur la base de ses activités et des rapports des Etats parties mentionnés à l'article 29, le Comité soumet un rapport à chaque session de l'Assemblée générale.

2. Ce rapport est porté à la connaissance de la Conférence générale de l'UNESCO.

VIII. Clause transitoire

Article 31**Relation avec la Proclamation des chefs-d'œuvre du patrimoine oral et immatériel de l'humanité**

1. Le Comité intègre dans la Liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité les éléments proclamés "Chefs-d'œuvre du patrimoine oral et immatériel de l'humanité" avant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. L'intégration de ces éléments dans la Liste représentative du patrimoine culturel immatériel de l'humanité ne préjuge en rien des critères arrêtés conformément à l'article 16, paragraphe 2, pour les inscriptions à venir.

3. Aucune autre Proclamation ne sera faite après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

IX. Dispositions finales

Article 32**Ratification, acceptation ou approbation**

1. La présente Convention est soumise à la ratification, l'acceptation ou l'approbation des Etats membres de l'UNESCO, conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du Directeur général de l'UNESCO.

Article 33**Adhésion**

1. La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout Etat non membre de

VII. Berichte

Artikel 29**Berichte der Vertragsstaaten**

Die Vertragsstaaten legen dem Ausschuss in der von ihm zu bestimmenden Form und in den von ihm festzulegenden Abständen Berichte darüber vor, welche Rechts- und sonstigen Vorschriften sie zur Durchführung dieses Übereinkommens erlassen und welche sonstigen Maßnahmen sie dafür getroffen haben.

Artikel 30**Berichte des Ausschusses**

(1) Auf der Grundlage seiner Tätigkeiten und der in Artikel 29 bezeichneten Berichte der Vertragsstaaten legt der Ausschuss der Generalversammlung auf jeder Tagung einen Bericht vor.

(2) Dieser Bericht wird der Generalkonferenz der UNESCO zur Kenntnis gebracht.

VIII. Übergangsbestimmung

Artikel 31**Verhältnis zur Proclamation der Meisterwerke des mündlich überlieferten und immateriellen Erbes der Menschheit**

(1) Der Ausschuss nimmt die Elemente, die vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens zu „Meisterwerken des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit“ erklärt wurden, in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit auf.

(2) Die Aufnahme dieser Elemente in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit stellt in keiner Weise einen Vorgriff auf die Kriterien dar, die nach Artikel 16 Absatz 2 für eine künftige Aufnahme in die Liste festgelegt werden.

(3) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens werden keine weiteren Proklamationen erfolgen.

IX. Schlussbestimmungen

Artikel 32**Ratifikation, Annahme oder Genehmigung**

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Mitgliedstaaten der UNESCO nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der UNESCO hinterlegt.

Artikel 33**Beitritt**

(1) Dieses Übereinkommen steht allen Nichtmitgliedstaaten der UNESCO zum

UNESCO that are invited by the General Conference of UNESCO to accede to it.

2. This Convention shall also be open to accession by territories which enjoy full internal self-government recognized as such by the United Nations, but have not attained full independence in accordance with General Assembly resolution 1514 (XV), and which have competence over the matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of such matters.

3. The instrument of accession shall be deposited with the Director-General of UNESCO.

Article 34

Entry into force

This Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, but only with respect to those States that have deposited their respective instruments of ratification, acceptance, approval, or accession on or before that date. It shall enter into force with respect to any other State Party three months after the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 35

Federal or non-unitary constitutional systems

The following provisions shall apply to States Parties which have a federal or non-unitary constitutional system:

- (a) with regard to the provisions of this Convention, the implementation of which comes under the legal jurisdiction of the federal or central legislative power, the obligations of the federal or central government shall be the same as for those States Parties which are not federal States;
- (b) with regard to the provisions of this Convention, the implementation of which comes under the jurisdiction of individual constituent States, countries, provinces or cantons which are not obliged by the constitutional system of the federation to take legislative measures, the federal government shall inform the competent authorities of such States, countries, provinces or cantons of the said provisions, with its recommendation for their adoption.

Article 36

Denunciation

1. Each State Party may denounce this Convention.

l'UNESCO invité à y adhérer par la Conférence générale de l'Organisation.

2. La présente Convention est également ouverte à l'adhésion des territoires qui jouissent d'une complète autonomie interne, reconnue comme telle par l'Organisation des Nations Unies, mais qui n'ont pas accédé à la pleine indépendance conformément à la résolution 1514 (XV) de l'Assemblée générale et qui ont compétence pour les matières dont traite la présente Convention, y compris la compétence reconnue pour conclure des traités sur ces matières.

3. L'instrument d'adhésion sera déposé auprès du Directeur général de l'UNESCO.

Article 34

Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du trentième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, mais uniquement à l'égard des Etats qui auront déposé leurs instruments respectifs de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à cette date ou antérieurement. Elle entrera en vigueur pour tout autre Etat partie trois mois après le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 35

Régimes constitutionnels fédératifs ou non unitaires

Les dispositions ci-après s'appliquent aux Etats parties ayant un régime constitutionnel fédératif ou non unitaire:

- (a) en ce qui concerne les dispositions de la présente Convention dont l'application relève de la compétence du pouvoir législatif fédéral ou central, les obligations du gouvernement fédéral ou central seront les mêmes que celles des Etats parties qui ne sont pas des Etats fédératifs;
- (b) en ce qui concerne les dispositions de la présente Convention dont l'application relève de la compétence de chacun des Etats, pays, provinces ou cantons constituants, qui ne sont pas en vertu du régime constitutionnel de la fédération tenus de prendre des mesures législatives, le gouvernement fédéral portera, avec son avis favorable, lesdites dispositions à la connaissance des autorités compétentes des Etats, pays, provinces ou cantons pour adoption.

Article 36

Dénonciation

1. Chacun des Etats parties a la faculté de dénoncer la présente Convention.

Beitritt offen, die von der Generalkonferenz der UNESCO dazu eingeladen werden.

(2) Dieses Übereinkommen steht ferner allen Hoheitsgebieten zum Beitritt offen, die eine als solche von den Vereinten Nationen anerkannte volle innere Selbstregierung genießen, jedoch noch nicht die volle Unabhängigkeit im Sinne der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung erreicht haben, und die die Zuständigkeit über die in diesem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten haben, einschließlich der Zuständigkeit, in diesen Angelegenheiten Verträge zu schließen.

(3) Die Beitrittsurkunde wird beim Generaldirektor der UNESCO hinterlegt.

Artikel 34

Inkrafttreten

Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft, jedoch nur für die Staaten, die bis zu diesem Tag ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Für jeden anderen Vertragsstaat tritt sie drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 35

Bundesstaatliche oder nicht einheitsstaatliche Verfassungssysteme

Folgende Bestimmungen gelten für Vertragsstaaten, die ein bundesstaatliches oder ein nicht einheitsstaatliches Verfassungssystem haben:

- a) Hinsichtlich derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, deren Durchführung in die Zuständigkeit des Bundes- oder Zentral-Gesetzgebungsorgans fällt, sind die Verpflichtungen der Bundes- oder Zentralregierung dieselben wie für diejenigen Vertragsstaaten, die nicht Bundesstaaten sind;
- b) hinsichtlich derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, deren Durchführung in die Zuständigkeit einzelner Bundesstaaten, Länder, Provinzen oder Kantone fällt, die nicht durch das Verfassungssystem des Bundes verpflichtet sind, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, bringt die Bundesregierung den zuständigen Stellen dieser Bundesstaaten, Länder, Provinzen oder Kantone die genannten Bestimmungen zur Kenntnis und empfiehlt ihnen ihre Annahme.

Artikel 36

Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen kündigen.

2. The denunciation shall be notified by an instrument in writing, deposited with the Director-General of UNESCO.

3. The denunciation shall take effect twelve months after the receipt of the instrument of denunciation. It shall in no way affect the financial obligations of the denouncing State Party until the date on which the withdrawal takes effect.

Article 37

Depositary functions

The Director-General of UNESCO, as the Depositary of this Convention, shall inform the States Members of the Organization, the States not Members of the Organization referred to in Article 33, as well as the United Nations, of the deposit of all the instruments of ratification, acceptance, approval or accession provided for in Articles 32 and 33, and of the denunciations provided for in Article 36.

Article 38

Amendments

1. A State Party may, by written communication addressed to the Director-General, propose amendments to this Convention. The Director-General shall circulate such communication to all States Parties. If, within six months from the date of the circulation of the communication, not less than one half of the States Parties reply favourably to the request, the Director-General shall present such proposal to the next session of the General Assembly for discussion and possible adoption.

2. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of States Parties present and voting.

3. Once adopted, amendments to this Convention shall be submitted for ratification, acceptance, approval or accession to the States Parties.

4. Amendments shall enter into force, but solely with respect to the States Parties that have ratified, accepted, approved or acceded to them, three months after the deposit of the instruments referred to in paragraph 3 of this Article by two-thirds of the States Parties. Thereafter, for each State Party that ratifies, accepts, approves or accedes to an amendment, the said amendment shall enter into force three months after the date of deposit by that State Party of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

5. The procedure set out in paragraphs 3 and 4 shall not apply to amendments to Article 5 concerning the number of States Members of the Committee. These amendments shall enter into force at the time they are adopted.

6. A State which becomes a Party to this Convention after the entry into force of amendments in conformity with paragraph 4 of this Article shall, failing an

2. La dénonciation est notifiée par un instrument écrit déposé auprès du Directeur général de l'UNESCO.

3. La dénonciation prend effet douze mois après réception de l'instrument de dénonciation. Elle ne modifie en rien les obligations financières dont l'Etat partie dénonciateur est tenu de s'acquitter jusqu'à la date à laquelle le retrait prend effet.

Article 37

Fonctions du dépositaire

Le Directeur général de l'UNESCO, en sa qualité de dépositaire de la présente Convention, informe les Etats membres de l'Organisation, les Etats non membres visés à l'article 33, ainsi que l'Organisation des Nations Unies, du dépôt de tous les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion mentionnés aux articles 32 et 33, de même que des dénonciations prévues à l'article 36.

Article 38

Amendements

1. Tout Etat partie peut, par voie de communication écrite adressée au Directeur général, proposer des amendements à la présente Convention. Le Directeur général transmet cette communication à tous les Etats parties. Si, dans les six mois qui suivent la date de transmission de la communication, la moitié au moins des Etat parties donne une réponse favorable à cette demande, le Directeur général présente cette proposition à la prochaine session de l'Assemblée générale pour discussion et éventuelle adoption.

2. Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Etats parties présents et votants.

3. Les amendements à la présente Convention, une fois adoptés, sont soumis aux Etats parties pour ratification, acceptation, approbation ou adhésion.

4. Pour les Etats parties qui les ont ratifiés, acceptés, approuvés ou y ont adhéré, les amendements à la présente Convention entrent en vigueur trois mois après le dépôt des instruments visés au paragraphe 3 du présent article par les deux tiers des Etat parties. Par la suite, pour chaque Etat partie qui ratifie, accepte, approuve un amendement ou y adhère, cet amendement entre en vigueur trois mois après la date de dépôt par l'Etat partie de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

5. La procédure établie aux paragraphes 3 et 4 ne s'applique pas aux amendements apportés à l'article 5 relatif au nombre des Etats membres du Comité. Ces amendements entrent en vigueur au moment de leur adoption.

6. Un Etat qui devient partie à la présente Convention après l'entrée en vigueur d'amendements conformément au paragraphe 4 du présent article est, faute d'avoir

(2) Die Kündigung wird durch eine Urkunde notifiziert, die beim Generaldirektor der UNESCO hinterlegt wird.

(3) Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Kündigungsurkunde wirksam. Sie lässt die finanziellen Verpflichtungen des kündigenden Vertragsstaats bis zu dem Tag unberührt, an dem der Rücktritt wirksam wird.

Artikel 37

Aufgaben des Verwahrers

Der Generaldirektor der UNESCO unterrichtet als Verwahrer dieses Übereinkommens die Mitgliedstaaten der Organisation, die in Artikel 33 bezeichneten Nichtmitgliedstaaten sowie die Vereinten Nationen von der Hinterlegung aller Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden nach den Artikeln 32 und 33 und von den Kündigungen nach Artikel 36.

Artikel 38

Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann Änderungen dieses Übereinkommens durch eine schriftliche, an den Generaldirektor gerichtete Mitteilung vorschlagen. Der Generaldirektor übermittelt diese Mitteilung allen Vertragsstaaten. Antwortet mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag der Absendung der Mitteilung befürwortend auf diesen Antrag, so legt der Generaldirektor diesen Vorschlag der Generalversammlung auf ihrer nächsten Tagung zur Erörterung und möglichen Beschlussfassung vor.

(2) Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten beschlossen.

(3) Nach Beschluss von Änderungen dieses Übereinkommens werden diese den Vertragsstaaten zur Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder zum Beitritt vorgelegt.

(4) Für die Vertragsstaaten, die die Änderungen ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben oder ihnen beigetreten sind, treten die Änderungen dieses Übereinkommens drei Monate nach Hinterlegung der in Absatz 3 bezeichneten Urkunden durch zwei Drittel der Vertragsstaaten in Kraft. Danach tritt eine Änderung für einen Vertragsstaat, der die Änderung ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihr beiträgt, drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch diesen Vertragsstaat in Kraft.

(5) Das in den Absätzen 3 und 4 festgelegte Verfahren findet keine Anwendung auf Änderungen des Artikels 5 hinsichtlich der Zahl der Mitgliedstaaten des Ausschusses. Diese Änderungen treten zu dem Zeitpunkt, zu dem sie beschlossen werden, in Kraft.

(6) Ein Staat, der nach dem Inkrafttreten von Änderungen nach Absatz 4 Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, gilt, sofern er keine andere Absicht zum Aus-

expression of different intention, be considered:

- (a) as a Party to this Convention as so amended; and
- (b) as a Party to the unamended Convention in relation to any State Party not bound by the amendments.

exprimé une intention différente, considéré comme étant:

- (a) partie à la présente Convention ainsi amendée; et
- (b) partie à la présente Convention non amendée à l'égard de tout Etat partie qui n'est pas lié par ces amendements.

druck bringt,

- a) als Vertragspartei dieses Übereinkommens in seiner geänderten Fassung und
- b) als Vertragspartei dieses Übereinkommens in seiner ungeänderten Fassung im Verhältnis zu jedem Vertragsstaat, der nicht durch die Änderungen gebunden ist.

Article 39

Authoritative texts

This Convention has been drawn up in Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish, the six texts being equally authoritative.

Article 39

Textes faisant foi

La présente Convention est établie en anglais, en arabe, en chinois, en espagnol, en français et en russe, les six textes faisant également foi.

Artikel 39

Verbindliche Wortlaute

Dieses Übereinkommen ist in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 40

Registration

In conformity with Article 102 of the Charter of the United Nations, this Convention shall be registered with the Secretariat of the United Nations at the request of the Director-General of UNESCO.

Article 40

Enregistrement

Conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, la présente Convention sera enregistrée au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies à la requête du Directeur général de l'UNESCO.

Artikel 40

Registrierung

Auf Ersuchen des Generaldirektors der UNESCO wird dieses Übereinkommens nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen registriert.

Gambia	am	1. Juli 2008
Ghana	am	1. Juli 2008
Grenada	am	1. Juli 2008
Griechenland	am	1. Juli 2008
Guinea	am	1. Juli 2008
Guinea-Bissau	am	1. Juli 2008
Guyana	am	1. Juli 2008
Haiti	am	1. November 2008
Irland	am	1. Juli 2008
Italien	am	1. Juli 2008
Jamaika	am	1. Juli 2008
Kamerun	am	1. Juli 2008
Kap Verde	am	1. Juli 2008
Kenia	am	1. Juli 2008
Kiribati	am	1. Juli 2008
Komoren	am	1. Dezember 2008
Kongo	am	1. November 2008
Kongo, Demokratische Republik	am	1. Dezember 2008
Lesotho	am	1. Juli 2008
Lettland	am	1. Juli 2008
Liberia	am	1. Oktober 2008
Litauen	am	1. Juli 2008
Luxemburg	am	1. Juli 2008
Madagaskar	am	1. Juli 2008
Malawi	am	1. August 2008
Mali	am	1. Juli 2008
Malta	am	1. Juli 2008
Marshallinseln	am	1. Juli 2008
Mauretanien	am	1. Juli 2008
Mauritius	am	1. Juli 2008
Mikronesien, Föderierte Staaten	am	1. Juli 2008
Mosambik	am	1. Juli 2008
Namibia	am	1. Juli 2008
Nauru	am	1. Juli 2008
Niederlande	am	1. Juli 2008
Niger	am	1. September 2008
Nigeria	am	1. Mai 2009
Niue	am	1. Juli 2008
Österreich	am	1. Juli 2008
Palau	am	1. Juli 2008
Papua-Neuguinea	am	1. Oktober 2008
Polen	am	1. Juli 2008
Portugal	am	1. Juli 2008
Ruanda	am	1. Juli 2008
Rumänien	am	1. Juli 2008
Salomonen	am	1. Juli 2008
Sambia	am	1. Juli 2008
Samoa	am	1. Juli 2008

São Tomé und Príncipe	am 1. November 2008
Schweden	am 1. Juli 2008
Senegal	am 1. August 2008
Seychellen	am 1. Juli 2008
Sierra Leone	am 1. Juli 2008
Simbabwe	am 1. Juli 2008
Slowakei	am 1. Juli 2008
Slowenien	am 1. Juli 2008
Spanien	am 1. Juli 2008
St. Kitts und Nevis	am 1. Juli 2008
St. Lucia	am 1. Juli 2008
St. Vincent und die Grenadinen	am 1. Juli 2008
Südafrika	am 1. April 2010
Suriname	am 1. Juli 2008
Swasiland	am 1. Juli 2008
Tansania	am 1. Juli 2008
Timor Leste	am 1. September 2008
Togo	am 1. Juli 2008
Tonga	am 1. Juli 2008
Trinidad und Tobago	am 1. Juli 2008
Tschad	am 1. Juli 2008
Tschechische Republik	am 1. Juli 2008
Tuvalu	am 1. Juli 2008
Uganda	am 1. Juli 2008
Ungarn	am 1. Juli 2008
Vanuatu	am 1. Juli 2008
Vereinigtes Königreich	am 1. Juli 2008
Zentralafrikanische Republik	am 1. Juli 2008
Zypern	am 1. Juli 2008

in Kraft getreten.

Berlin, den 7. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt**

Vom 7. Juni 2013

Das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229, 1230) ist nach seinem Artikel 15 Absatz 4 für

Kuba	am 30. November 2001
nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 14 Absatz 2 des Übereinkommens	
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010

in Kraft getreten.

Kuba hat seine Beitrittsurkunde am 31. Oktober 2001 bei der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) in Montreal hinterlegt.

Die Erstreckungserklärung der Niederlande wurde am 15. September 2010 bei der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) in Montreal hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Januar 2010 (BGBl. II S. 47).

Berlin, den 7. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
von Änderungen
der Ausführungsordnung zum Patentrechtsübereinkommen**

Vom 10. Juni 2013

Die Versammlung des Verbandes für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband) hat am 9. Oktober 2012 Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nummer 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1976 über internationale Patentübereinkommen (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekannt gemacht.

Die Änderungen sind

am 1. Januar 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. August 2012 (BGBl. II S. 971).

Berlin, den 10. Juni 2013

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Dr. Weis

**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens
(PCT)**

Angenommen am 9. Oktober 2012 von der Versammlung des Verbands
für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband)
auf ihrer dreiundvierzigsten (25. außerordentlichen) Tagung
vom 1. bis 9. Oktober 2012
mit Wirkung vom 1. Januar 2013

**Amendments to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted on October 9, 2012, by the Assembly
of the International Patent Cooperation Union (PCT Union)
at its forty-third (25th extraordinary) session held from October 1 to 9, 2012,
with effect from January 1, 2013

**Modifications du règlement d'exécution
du traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

adoptées le 9 octobre 2012 par l'Assemblée de l'Union internationale
de coopération en matière de brevets (Union du PCT)
à sa quarante-troisième session (25^e session extraordinaire) tenue du 1^{er} au 9 octobre 2012,
avec effet à partir du 1^{er} janvier 2013

Table of Amendments¹

Rule 4.15
Rule 51^{bis}.1
Rule 51^{bis}.2
Rule 53.8
Rule 90^{bis}.5

Table des modifications¹

Règle 4.15
Règle 51^{bis}.1
Règle 51^{bis}.2
Règle 53.8
Règle 90^{bis}.5

Liste der Änderungen¹

Regel 4.15
Regel 51^{bis}.1
Regel 51^{bis}.2
Regel 53.8
Regel 90^{bis}.5

¹ These amendments shall apply to any international application whose international filing date is on or after January 1, 2013.

¹ Ces modifications s'appliquent à toute demande internationale dont la date de dépôt international est le 1^{er} janvier 2013 ou une date postérieure.

¹ Diese Änderungen finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, deren internationales Anmeldedatum der 1. Januar 2013 oder ein späteres Datum ist.

Amendments ²	Modifications ²	Änderungen ^{2, 3}
Rule 4	Règle 4	Regel 4
The Request (Contents)	Requête (contenu)	Der Antrag (Inhalt)
4.1 to 4.14 ^{bis} [No change]	4.1 à 4.14 ^{bis} [Sans changement]	4.1 bis 4.14 ^{bis} [Unverändert]
4.15 <i>Signature</i>	4.15 <i>Signature</i>	4.15 <i>Unterschrift</i>
The request shall be signed by the applicant or, if there is more than one applicant, by all of them.	La requête doit être signée par le déposant ou, s'il y a plusieurs déposants, par chacun d'entre eux.	Der Antrag ist vom Anmelder oder bei mehreren Anmeldern von allen Anmeldern zu unterzeichnen.
4.16 to 4.19 [No change]	4.16 à 4.19 [Sans changement]	4.16 bis 4.19 [Unverändert]
Rule 51^{bis}	Règle 51^{bis}	Regel 51^{bis}
Certain National Requirements Allowed under Article 27	Certaines exigences nationales admises en vertu de l'article 27	Nach Artikel 27 zulässige nationale Erfordernisse
51 ^{bis} .1 <i>Certain National Requirements Allowed</i>	51 ^{bis} .1 <i>Certaines exigences nationales admises</i>	51 ^{bis} .1 <i>Zulässige nationale Erfordernisse</i>
(a) Subject to Rule 51 ^{bis} .2, the national law applicable by the designated Office may, in accordance with Article 27, require the applicant to furnish, in particular:	a) Sous réserve de la règle 51 ^{bis} .2, la législation nationale applicable par l'office désigné peut, conformément à l'article 27, exiger que le déposant fournisse, en particulier:	a) Vorbehaltlich der Regel 51 ^{bis} .2 kann das für das Bestimmungsamt geltende nationale Recht gemäß Artikel 27 vom Anmelder verlangen, insbesondere Folgendes zu übermitteln:
(i) to (iii) [No change]	i) à (iii) [sans changement]	i) bis (iii) [Unverändert]
(iv) where the international application designates a State whose national law requires, on October 9, 2012, the furnishing of an oath or declaration of inventorship, any document containing an oath or declaration of inventorship,	iv) lorsque la demande internationale désigne un État dont la législation nationale exige, le 9 octobre 2012, la présentation d'une attestation sous serment ou d'une déclaration relative à la qualité d'inventeur, tout document contenant une attestation sous serment ou une déclaration relative à la qualité d'inventeur,	iv) wenn die internationale Anmeldung einen Staat bestimmt, dessen nationales Recht am 9. Oktober 2012 die Übermittlung einer eidlichen Versicherung der Erfindereigenschaft oder einer Erfindererklärung verlangt, Unterlagen, die eine eidliche Versicherung der Erfindereigenschaft oder eine Erfindererklärung enthalten;
(v) to (vii) [No change]	v) à (vii) [sans changement]	v) bis (vii) [Unverändert]
(b) to (f) [No change]	b) à (f) [Sans changement]	b) bis (f) [Unverändert]
51 ^{bis} .2 <i>Certain Circumstances in Which Documents or Evidence May Not Be Required</i>	51 ^{bis} .2 <i>Certaines circonstances dans lesquelles des documents ou des preuves ne peuvent pas être exigés</i>	51 ^{bis} .2 <i>Umstände, unter denen Unterlagen oder Nachweise nicht verlangt werden dürfen</i>
The designated Office shall not, unless it may reasonably doubt the veracity of the indications or declaration concerned, require any document or evidence:	L'office désigné ne peut, à moins qu'il puisse raisonnablement douter de la véracité des indications ou de la déclaration en question, exiger de document ou de preuve:	Das Bestimmungsamt darf, sofern es nicht berechnete Zweifel an der Richtigkeit der betreffenden Angaben oder der betreffenden Erklärung hat,
(i) relating to the identity of the inventor (Rule 51 ^{bis} .1(a)(i)) (other than a document containing an oath or declaration of inventorship (Rule 51 ^{bis} .1(a)(iv)), if indications concerning the inventor, in accordance with Rule 4.6, are contained in the request or if a declaration as to the identity of the inventor, in accordance with Rule 4.17(i), is contained in the request or is submitted directly to the designated Office;	i) relatif à l'identité de l'inventeur (règle 51 ^{bis} .1.a)i) (autre qu'un document contenant une attestation sous serment ou une déclaration relative à la qualité d'inventeur (règle 51 ^{bis} .1.a)iv)), si des indications relatives à l'inventeur fournies conformément à la règle 4.6 figurent dans la requête ou si une déclaration relative à l'identité de l'inventeur faite conformément à la règle 4.17.i) figure dans la requête ou est présentée directement à l'office désigné;	i) Unterlagen oder Nachweise hinsichtlich der Identität des Erfinders (Regel 51 ^{bis} .1 Absatz a Ziffer i) (mit Ausnahme von Unterlagen, die eine eidliche Versicherung der Erfindereigenschaft oder eine Erfindererklärung enthalten (Regel 51 ^{bis} .1 Absatz a Ziffer iv)) nicht verlangen, wenn Angaben über den Erfinder nach Regel 4.6 im Antrag enthalten sind oder eine Erklärung bezüglich der Identität des Erfinders nach Regel 4.17 Ziffer i im Antrag enthalten ist oder unmittelbar beim Bestimmungsamt eingereicht wird;

² The following reproduces, for each Rule that was amended, the amended text. Where a part of any such Rule has not been amended, the indication "[No change]" appears.

² On trouvera reproduit ci-après, pour chaque règle qui a été modifiée, le texte modifié. L'absence de modification d'une partie d'une telle règle est indiquée par la mention «[Sans changement]».

² Nachstehend werden alle Regeln, an denen Änderungen vorgenommen wurden, im geänderten Wortlaut wiedergegeben. Bei Teilen einer solchen Regel, die unverändert geblieben sind, erscheint der Hinweis „[Unverändert]“.

³ amtliche Übersetzung gemäß PCT Artikel 67 (1) b

- | | | |
|--|---|---|
| (ii) [No change] | ii) [Sans changement] | ii)* Unterlagen oder Nachweise hinsichtlich der Berechtigung des Anmelders, zum Zeitpunkt des internationalen Anmeldedatums ein Patent zu beantragen und zu erhalten (Regel 51 ^{bis} .1 Absatz a Ziffer ii), nicht verlangen, wenn eine entsprechende Erklärung nach Regel 4.17 Ziffer ii im Antrag enthalten ist oder unmittelbar beim Bestimmungsamt eingereicht wird; |
| (iii) relating to the applicant's entitlement, as at the international filing date, to claim priority of an earlier application (Rule 51 ^{bis} .1(a)(iii)), if a declaration as to that matter, in accordance with Rule 4.17(iii), is contained in the request or is submitted directly to the designated Office; | iii) relatif au droit du déposant, à la date du dépôt international, de revendiquer la priorité d'une demande antérieure (règle 51 ^{bis} .1.a)iii), si une déclaration concernant un tel élément faite conformément à la règle 4.17.iii) figure dans la requête ou est présentée directement à l'office désigné; | iii) Unterlagen oder Nachweise hinsichtlich der Berechtigung des Anmelders, zum Zeitpunkt des internationalen Anmeldedatums die Priorität einer früheren Anmeldung zu beanspruchen (Regel 51 ^{bis} .1 Absatz a Ziffer iii), nicht verlangen, wenn eine entsprechende Erklärung nach Regel 4.17 Ziffer iii im Antrag enthalten ist oder unmittelbar beim Bestimmungsamt eingereicht wird; |
| (iv) containing an oath or declaration of inventorship (Rule 51 ^{bis} .1(a)(iv)), if a declaration of inventorship, in accordance with Rule 4.17(iv), is contained in the request or is submitted directly to the designated Office. | iv) contenant une attestation sous serment ou une déclaration relative à la qualité d'inventeur (règle 51 ^{bis} .1.a)iv), si une déclaration relative à la qualité d'inventeur, faite conformément à la règle 4.17.iv), figure dans la requête ou est présentée directement à l'office désigné. | iv) Unterlagen oder Nachweise, die eine eidliche Versicherung der Erfindereigenschaft oder eine Erfindererklärung (Regel 51 ^{bis} .1 Absatz a Ziffer iv) enthalten, nicht verlangen, wenn nach Regel 4.17 Ziffer iv eine Erfindererklärung im Antrag enthalten ist oder unmittelbar beim Bestimmungsamt eingereicht wird. |
- 51^{bis}.3 [No change] 51^{bis}.3 [Sans changement] 51^{bis}.3 [Unverändert]

Rule 53**The Demand**

53.1 to 53.7 [No change]

53.8 Signature

The demand shall be signed by the applicant or, if there is more than one applicant, by all applicants making the demand.

53.9 [No change]

Règle 53**Demande d'examen préliminaire international**

53.1 à 53.7 [Sans changement]

53.8 Signature

La demande d'examen préliminaire international doit être signée par le déposant ou, s'il y a plusieurs déposants, par tous les déposants qui la présentent.

53.9 [Sans changement]

Regel 53**Der Antrag**

53.1 bis 53.7 [Unverändert]

53.8 Unterschrift

Der Antrag ist vom Anmelder oder bei mehreren Anmeldern von allen antragstellenden Anmeldern zu unterzeichnen.

53.9 [Unverändert]

Rule 90^{bis}**Withdrawals**90^{bis}.1 to 90^{bis}.4 [No change]**90^{bis}.5 Signature**

Any notice of withdrawal referred to in Rules 90^{bis}.1 to 90^{bis}.4 shall be signed by the applicant or, if there are two or more applicants, by all of them. An applicant who is considered to be the common representative under Rule 90.2(b) shall not be entitled to sign such a notice on behalf of the other applicants.

90^{bis}.6 and 90^{bis}.7 [No change]**Règle 90^{bis}****Retraits**90^{bis}.1 à 90^{bis}.4 [Sans changement]**90^{bis}.5 Signature**

Toute déclaration de retrait visée dans l'une des règles 90^{bis}.1 à 90^{bis}.4 doit être signée par le déposant ou, s'il y a plusieurs déposants, par chacun d'eux. Un déposant qui est considéré comme étant le représentant commun en vertu de la règle 90.2.b) n'est pas habilité à signer une telle déclaration au nom des autres déposants.

90^{bis}.6 et 90^{bis}.7 [Sans changement]**Regel 90^{bis}****Zurücknahmen**90^{bis}.1 bis 90^{bis}.4 [Unverändert]**90^{bis}.5 Unterschrift**

Eine Zurücknahmeerklärung nach den Regeln 90^{bis}.1 bis 90^{bis}.4 ist vom Anmelder oder bei zwei oder mehr Anmeldern von ihnen allen zu unterzeichnen. Ein Anmelder, der als gemeinsamer Vertreter nach Regel 90.2 Absatz b gilt, ist nicht berechtigt, eine solche Erklärung für die anderen Anmelder zu unterzeichnen.

90^{bis}.6 und 90^{bis}.7 [Unverändert]

* Anm. d. Übers.: Ziffer ii ist in den Originaltexten unverändert geblieben; die deutsche Übersetzung der Regel 51^{bis}.2 musste jedoch aufgrund der Ergänzung der Ziffer iv gänzlich neu formuliert werden, einschließlich der Ziffer ii.

**Bekanntmachung
der Änderung des Artikels V Abschnitt 3 Buchstabe a
des Abkommens über die Internationale Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung**

Vom 12. Juni 2013

Die am 30. Januar 2009 angenommene Änderung des Artikels V Abschnitt 3 Buchstabe a des in Bretton Woods zwischen dem 1. und 22. Juli 1944 geschlossenen Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BGBl. 1952 II S. 637, 664; 1965 II S. 1089, 1090) in der Fassung der am 30. Juni 1987 angenommenen Änderung (BGBl. 1992 II S. 1134) ist nach Artikel VIII Buchstabe a und c des Abkommens

am 26. März 2012

für die Bundesrepublik Deutschland und alle übrigen Vertragsparteien in Kraft getreten.

Die Änderung wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

(Übersetzung)

International Bank for Reconstruction and Development Resolution No. 596	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Entschließung Nr. 596
<p>Enhancing Voice and Participation of Developing and Transition Countries</p> <p>[...]</p> <p>(A) Increase in Basic Votes.</p> <p>The Board of Governors hereby resolves that:</p> <p>1. Article V, Section 3(a) of the Articles of Agreement of the Bank shall be amended to read as follows:</p> <p>Section 3. Voting</p> <p>“(a) The voting power of each member shall be equal to the sum of its basic votes and share votes.</p> <p>(i) The basic votes of each member shall be the number of votes that results from the equal distribution among all members of 5.55 percent of the aggregate sum of the voting power of all the members, provided that there shall be no fractional basic votes.</p> <p>(ii) The share votes of each member shall be the number of votes that results from the allocation of one vote for each share of stock held.”</p> <p>[...]</p>	<p>Stärkung der Mitsprache und Beteiligung der Entwicklungs- und Schwellenländer</p> <p>[...]</p> <p>(A) Aufstockung der Basisstimmen</p> <p>Der Gouverneursrat beschließt hiermit wie folgt:</p> <p>1. Artikel V Abschnitt 3 Buchstabe a des Abkommens über die Bank wird wie folgt geändert:</p> <p>Abschnitt 3. Abstimmung</p> <p>„(a) Die Stimmenzahl jedes Mitglieds entspricht der Summe seiner Basisstimmen und seiner Anteilsstimmen.</p> <p>(i) Die Basisstimmen jedes Mitglieds umfassen die Anzahl der Stimmen, die sich aus einer gleichmäßigen Verteilung von 5,55 Prozent der Gesamtsumme der Stimmenzahl aller Mitglieder auf alle Mitglieder ergibt, vorausgesetzt, es gibt bei den Basisstimmen keine Teilstimmen.</p> <p>(ii) Die Anteilsstimmen jedes Mitglieds umfassen die Anzahl von Stimmen, die sich aus der Zuteilung einer Stimme für jeden Anteil, den das Mitglied besitzt, ergibt.“</p> <p>[...]</p>

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Feuchtgebiete,
insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel,
von internationaler Bedeutung**

Vom 12. Juni 2013

I.

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265, 1266) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 (BGBl. 1990 II S. 1670, 1671) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 des Änderungsprotokolls von 1982 für

Simbabwe* am 3. Mai 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Generaldirektor der UNESCO als Verwahrer abgegebenen Erklärung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens

in Kraft getreten.

II.

Das Übereinkommen wird für

Swasiland* am 15. Juni 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde beim Generaldirektor der UNESCO als Verwahrer abgegebenen Erklärung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. 2011 II S. 64).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der UNESCO unter <http://portal.unesco.org/en/ev.php> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Vom 12. Juni 2013

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1420) wird nach seinem Artikel 45 Absatz 2 für

Norwegen* am 3. Juli 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen
Erklärung nach den Artikeln 12, 14 und 25 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. April 2013 (BGBl. II S. 551).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten**

Vom 12. Juni 2013

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538, 539) wird nach seinem Artikel 22 Absatz 3 für die

Russische Föderation* am 1. September 2013
nach Maßgabe von Erklärungen nach Artikel 3 Absatz 2 sowie nach Artikel 9
Absatz 2 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. April 2013 (BGBl. II S. 576).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Änderung des Artikels 8
des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
sowie der Änderungen
des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
in Bezug auf das Verbrechen der Aggression**

Vom 12. Juni 2013

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Februar 2013 zu den Änderungen vom 10. und 11. Juni 2010 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 wird bekannt gemacht, dass die Änderung des Artikels 8 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (BGBl. 2013 II S. 139, 140, 143) nach Artikel 121 Absatz 5 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs für die

Bundesrepublik Deutschland am 3. Juni 2014

in Kraft treten wird. Die deutsche Annahmeerkunde ist am 3. Juni 2013 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt worden.

Die Änderung ist bereits in Kraft getreten für

Liechtenstein am 8. Mai 2013

San Marino am 26. September 2012.

Sie wird weiterhin in Kraft treten für

Botsuana am 4. Juni 2014

Estland am 27. März 2014

Luxemburg am 15. Januar 2014

Norwegen am 10. Juni 2014

Samoa am 25. September 2013

Trinidad und Tobago am 13. November 2013.

II.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Februar 2013 zu den Änderungen vom 10. und 11. Juni 2010 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 wird bekannt gemacht, dass die Änderungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression (BGBl. 2013 II S. 139, 144, 146) nach Artikel 121 Absatz 5 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs für die

Bundesrepublik Deutschland am 3. Juni 2014

in Kraft treten werden. Die deutsche Annahmeerkunde ist am 3. Juni 2013 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt worden.

Die Änderungen sind bereits in Kraft getreten für Liechtenstein	am	8. Mai 2013.
Sie werden weiterhin in Kraft treten für Botsuana	am	4. Juni 2014
Estland	am	27. März 2014
Luxemburg	am	15. Januar 2014
Samoa	am	25. September 2013
Trinidad und Tobago	am	13. November 2013.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame,
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 12. Juni 2013

I.

Das Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 2008 II S. 854, 855) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 2 für

Nauru	am 23. Februar 2013
Portugal	am 14. Februar 2013

in Kraft getreten.

II.

Bosnien und Herzogowina* hat am 16. März 2011 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Erklärung nach Artikel 24 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe abgegeben, die am 23. März 2012 angenommen wurde.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2013 (BGBl. II S. 554).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität**

Vom 12. Juni 2013

I.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 956) wird nach seinem Artikel 38 Absatz 2 für

Dominica am 16. Juni 2013
in Kraft treten.

Das Übereinkommen ist für die
Malediven am 6. März 2013
in Kraft getreten.

II.

Montenegro* hat am 20. März 2013 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Erklärung nach Artikel 18 Absatz 13 und 14 des Übereinkommens abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. April 2013 (BGBl. II S. 560).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zweiten Protokolls zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten**

Vom 12. Juni 2013

Das Zweite Protokoll vom 26. März 1999 zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 2009 II S. 716, 717; 2012 II S. 54, 55) ist nach seinem Artikel 44 für

Mali am 15. November 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. November 2012 (BGBl. II S. 1537).

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen**

Vom 12. Juni 2013

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 958) wird nach seinem Artikel 51 Absatz 2 für

Brunei Darussalam am 23. Juni 2013
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2013 (BGBl. II S. 553).

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport**

Vom 12. Juni 2013

Das Internationale Übereinkommen vom 19. Oktober 2005 gegen Doping im Sport (BGBl. 2007 II S. 354, 355) ist nach seinem Artikel 37 für

Irak am 1. März 2013
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Januar 2013 (BGBl. II S. 170).

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen**

Vom 12. Juni 2013

Das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (BGBl. 2009 II S. 932, 933; 2011 II S. 848) wird nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für

Marokko* am 13. Juni 2013
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen
Erklärung gemäß Artikel 42 Absatz 2 des Übereinkommens
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. März 2013 (BGBl. II S. 522).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung vom 26. Januar 2009
der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)**

Vom 12. Juni 2013

Die Satzung vom 26. Januar 2009 der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) (BGBl. 2009 II S. 634, 635) ist nach ihrem Artikel XIX Absatz E für

Belize	am 27. Januar 2013
Iran, Islamische Republik	am 23. März 2013
Kiribati	am 23. Mai 2013
Singapur	am 4. März 2013
Tuvalu	am 12. Februar 2013
Vanuatu	am 1. März 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2013 (BGBl. II S. 255).

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Beschlusses des Europäischen Rates vom 25. März 2011
zur Änderung des Artikels 136
des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten,
deren Währung der Euro ist**

Vom 12. Juni 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 13. September 2012 zu dem Beschluss des Europäischen Rates vom 25. März 2011 zur Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist (BGBl. 2012 II S. 978, 979), wird bekannt gemacht, dass der Beschluss nach seinem Artikel 2 für

die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien	am 1. Mai 2013
--	----------------

in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 27. September 2012 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union als Verwahrer in Brüssel hinterlegt worden.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0
Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 7,45 € (6,40 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen

Vom 12. Juni 2013

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für

Irak

am 12. Juni 2013

in Kraft getreten.

II.

Das Übereinkommen ist für Costa Rica nach Maßgabe einer nach Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 15 des Übereinkommens am 21. Februar 2013 abgegebenen Erklärung* am 23. März 2013 nach Artikel 25 Absatz 2 des Übereinkommens in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. März 2013 (BGBl. II S. 522).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 12. Juni 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney